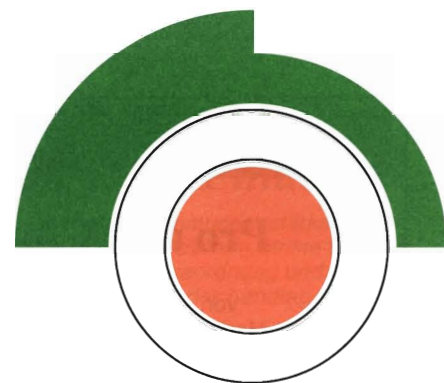


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 16



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 4.10.2000

WORT UND WIDERWORT

Muss die Kilometerpauschale erhöht werden?

Statt der bisherigen Kilometerpauschale von 0,70 DM für alle motorisierten Berufsspendler solle künftig eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale von 0,80 DM für alle Arbeitnehmer gelten. Damit werde zugleich ein Anreiz geschaffen, ohne finanzielle Einbußen auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Ernst-Martin Walsken**. Der CDU-Abgeordnete **Helmut Diegel** unterstreicht, die Entfernungspauschale sei schon deshalb zu kritisieren, weil die Bundesregierung mit ihrer Einführung den Eindruck zu erwecken versuche, dem Bürger würden auf diese Art die Belastungen der Ökosteuer ersetzt. Nur durch Abschaffung der Ökosteuer könne das Übel an der Wurzel gepackt werden. Die FDP-Abgeordnete **Marianne Thomann-Stahl** bekräftigt, der FDP gehe es um bessere, vernünftige Instrumente in der Umweltpolitik wie auch bei der Rentensicherung. Vor diesem Hintergrund müsse die Ökosteuer weg. Die FDP fordere daher statt einer erhöhten Entfernungspauschale die sofortige Abschaffung der Ökosteuer. Die GRÜNE-Abgeordnete **Edith Müller** betont, endlich werde die km-Pauschale durch eine verkehrsmittelneutrale Entfernungspauschale ersetzt. Eine verkehrsmittelneutrale Entfernungspauschale komme allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute und schaffe einen unmittelbaren Anreiz zum Umsteigen auf den ÖPNV. (Seite 2)

SPD: Wirtschaft des Landes im rasanten Aufschwung

„Wachstum liegt über dem Durchschnitt“

Holt die Wirtschaft in NRW rasant auf? Die SPD im Landtag machte dies zum Thema und führte dazu positives Datenmaterial ins Feld. Die Opposition sprach von „Zahlenklammer“. Die Landesregierung warnte nachdrücklich vor „Miesmacherei“.

Ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum im Lande von 3,5 Prozent im ersten Halbjahr, immer mehr Betriebsgründungen und weniger Arbeitslosigkeit wertete Werner Bischoff (SDP) als Beweis für „einen guten und richtigen Kurs“.

Das sei nur „Traum“, entgegnete Christian Michael Weisbrich (CDU). Der basiere auf einer „vagen Schnellschätzung“. Er würde es dem Land gönnen, wenn er in Erfüllung ginge; aber noch immer liege NRW im Wirtschaftswachstum hinter Baden-Württemberg und Bayern.

Für die Liberalen verlangte Dr. Gerhard Papke, die mittelständischen Unternehmen sollten die erforderlichen Rahmenbedingungen erhalten, damit sie ihre Wachstumskräfte bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze voll entfalten können.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) rief dazu auf, im Lande die Gründungsdynamik noch weiter auszubauen und durch eine innovative und reformorientierte Wirtschaftspolitik kleinere

und mittlere Betriebe in die Lage zu versetzen, ihr Potenzial weiter auszuschöpfen. Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) warnte vor „Kaputtreden“ des Aufschwungs. Vielmehr sollte als Botschaft nach draußen dringen: „Nordrhein-Westfalen ist ein guter Wirtschaftsstandort. An dem kommt man in der Republik und darüber hinaus nicht vorbei.“



Trübe Zeiten, total aufgeweicht ...

Die Woche im Landtag

Kommunalpolitik

Die Debatte über einen CDU-Antrag zur Stärkung der Kommunen zeitigte Vorwürfe der Opposition und Rechtfertigungen der Koalition. (Seite 3)

Gewahrsam

Mehrheitlich hielt der Landtag nach einer Debatte über Unterbringungsgewahrsam das Polizeirecht für ausreichend. (Seite 5)

Richtfest

Zwölf Jahre nach dem Auszug des Landtags weht über dem umgebauten Ständehaus der Richtkranz. Im alten Raschdorff-Bau beerbt die Kunst die Politik. (Seite 7)

Förderbedarf

Haben Schulkinder Schwierigkeiten im Lesen und Rechnen, wird ihr Förderbedarf an den einzelnen Grundschulen ermittelt. (Seite 9)

Landesbetrieb

Zum Gesetzentwurf über einen Landesbetrieb Liegenschaftsmanagement werden Sachverständige angehört. (Seite 11)

Rückblick

Rückblick: 1997 entschied der Verfassungsgerichtshof, dass in drei Fällen Kommunen ihre Selbstständigkeit zurückerhielten. (Seite 16)

WORT UND WIDERWORT

Pro und Contra Ökosteuer und Entfernungspauschale

Von
Ernst-Martin Walsken

Die explosionsartige Entwicklung der Rohölpreise hat zu einer stark emotionsbeladenen Diskussion in der Öffentlichkeit geführt. Eine solch erregte Debatte ist nur möglich geworden, weil die Berliner Oppositionsparteien, die während ihrer Regierungszeit die Mineralölsteuer in den Jahren 1989 bis 1994 selbst um mehr als 0,50 DM angehoben haben, einen unsachgemäßen Zusammenhang zwischen den von den Ölkonzernen verursachten Preissteigerungen und der im europäischen Vergleich vergleichsweise geringfügigen Steigerung der Benzinpreise durch die Ökosteuer herstellen. Aber selbst nach Aussagen der EU-Kommission sind die Treibstoffpreise in den letzten Monaten deutlich stärker angestiegen als die Rohölpreise. Es liegt eindeutig nicht an der Ökosteuer mit ihrem 6-Pfg.-Zuschlag zugunsten eines stabilen Rentenbeitragssatzes, dass sich die Rohölpreise in 15 Monaten verdreifacht haben.

SPD: Entfernungspauschale entlastet Arbeitnehmer

Im Gegensatz zu einigen europäischen Staaten hat die Bundesregierung die Chance genutzt, neben einer spürbaren Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zugleich eine ökologische Komponente einzubauen. Statt der bisherigen Kilometerpauschale von 0,70 DM für alle motorisierten Berufspendler soll künftig eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale von 0,80 DM für alle Arbeitnehmer gelten. Damit wird zugleich ein Anreiz geschaffen, ohne finanzielle Einbußen auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Diesem Vorschlag kann man nur uneingeschränkt zustimmen, wobei allerdings noch über die Finanzierung der Steuerausfälle zu reden sein wird.

Mit ihrem Vorschlag geht die Bundesregierung im Übrigen erheblich weiter, als die Berliner Opposition. Die hat nämlich in ihrem Steuerreformentwurf lediglich eine Umwandlung der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale von nur 0,50 DM und nur bei Entfernungen über 15 km, bei gleichzeitiger Absenkung des Arbeitnehmerpauschalbetrag auf 1 500 DM vorgeschlagen, was einen großen Teil der Arbeitnehmer negativ getroffen hätte.

VW-Chef Piech hat den Bau des 1-Liter-Autos angekündigt. Dies ist der gewollte Marktmechanismus: Wird weniger Benzin verbraucht, rollt auch bei steigenden Preisen wieder mehr.

Von
Helmut Diegel

Die km-Pauschale soll nach den Plänen der Bundesregierung in eine Entfernungspauschale umgewandelt und um 0,10 DM erhöht werden. Diese Entfernungspauschale ist schon deshalb zu kritisieren, weil die Bundesregierung mit ihrer Einführung den Eindruck zu erwecken versucht, dem Bürger würden auf diese Art die Belastungen der Ökosteuer ersetzt. Die Wahrheit ist vielmehr, dass die Ökosteuer die Bürger allein in diesem Jahr mit 17 Mrd. DM belastet, während die Einführung einer Entfernungspauschale von 0,80 DM die Bürger um 1,8 Mrd. DM pro Jahr entlasten würde. Bürger, die nicht berufstätig sind, wie etwa Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Studenten, Schüler und Hausfrauen, erhalten überhaupt keine Entlastung. Letztlich nutzt es nichts, durch Flickschusterei

CDU: Die Bürger brauchen eine gerechte Entlastung

an den Symptomen des Übels herumzudoktern. Nur durch eine Abschaffung der Ökosteuer kann das Übel an der Wurzel gepackt werden.

Mit der Einführung der Entfernungspauschale macht die Bundesregierung zudem einen weiteren gravierenden Fehler. Die km-Pauschale ist kein Steuererbschenk für Autofahrer, sondern Aufwendungsersatz im Rahmen der Werbungskosten. Wie jeder Selbstständige und jedes Unternehmen kann auch der Arbeitnehmer seine Unkosten in voller Höhe absetzen. Das Pauschalieren dieser Kosten dient nur der Vereinfachung. Wenn die Bundesregierung die Pauschalen nunmehr ohne Rücksicht auf die tatsächliche Kostenentwicklung nur um 0,10 DM anhebt und gleichzeitig zur Entfernungspauschale umwandelt, also auch Personen begünstigt, die keine echten Unkosten in der gewährten Höhe haben, macht sie aus der steuerlichen Aufwendungs-pauschale eine politische Lenkungs-pauschale. Dies widerspricht nicht nur der Systematik des Steuerrechts, sondern trägt auch dazu bei, dass Bürger das Steuersystem immer weniger als gerecht und nachvollziehbar empfinden.

Von
Marianne Thomann-Stahl

Die von der Bundesregierung vorgesehene Erhöhung der Entfernungspauschale würde die Länder erheblich belasten. Die Steuerausfälle infolge der erhöhten Pauschale von ca. zwei Milliarden DM trüge der Bund nur zu 50 Prozent, während die Länder und Kommunen ebenfalls 50 Prozent tragen müssten. Das ist nicht akzeptabel und wird von der FDP abgelehnt. Wie bei den viel zu geringen Absenkungen der Rentenversicherungsbeiträge, versucht der Bund auch diesmal, die Ökosteuererinnahmen für sich zu sichern und die Kosten der Entfernungspauschale auf andere abzuwälzen. Unsere Zielrichtung ist klar. Die Ökosteuer muss weg! Die rot-grüne Bundesregierung wollte den Bürgern mit der Ökosteuer

FDP: Sofortige Abschaffung der Ökosteuer

er eine neue Volkspädagogik auferlegen: Rasen für die Rente. Denn das so genannte Lehrstück „ökologische Steuerreform“ hat die zweifelhafte Logik: Je mehr Benzin verbraucht wird, um so besser für die Rente. Eine ökologische Lenkungsmaßnahme, die auf möglichst viel Zuwiderhandeln setzt, weil sie Geld einbringen muss, ist grober Unfug.

Die Verbindung der Ökosteuer mit der Rentenkasse ist sozialpolitisch, steuerpolitisch und ökologisch unsinnig. Wenn viel Benzin verbraucht wird, wird die Rente sicherer. Und wenn der Sinn der Ökosteuer erreicht würde, nämlich weniger Benzinverbrauch, wird die Rente unsicherer. Das ist paradox und absurd. Der FDP geht es um bessere, vernünftige Instrumente in der Umweltpolitik wie auch bei der Rentensicherung. Vor diesem Hintergrund muss die Ökosteuer weg. Die FDP fordert daher statt einer erhöhten Entfernungspauschale die sofortige Abschaffung der Ökosteuer. Nur so können die Bürger wirklich entlastet werden.

Von
Edith Müller

Endlich – so muss ich aus GRÜNER Sicht sagen. Endlich wird die km-Pauschale durch eine verkehrsmittelneutrale Entfernungspauschale ersetzt.

Das geltende Steuerrecht sieht vor, dass die Aufwendungen für die Fahrt zur Arbeit vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden können. Dabei besteht allerdings eine eklatante Ungleichbehandlung zwischen denjenigen, die mit dem Pkw zur Arbeit fahren, und denjenigen, die auf den ÖPNV zurückgreifen. Während ÖPNV-Nutzern lediglich die tatsächlichen Kosten erstattet werden, erhalten Pkw-Nutzer pro km einfache Entfernung einen Pauschalbetrag von 0,70 DM und damit, dies haben nicht nur wir GRÜNE, sondern zahlreiche unabhängige Fachleute immer wieder betont, deutlich mehr als ihre tatsächlichen variablen Kosten. Im Zuge der jüngsten Entwicklung der Benzinpreise ist diese Überkompensation zwar etwas geringer geworden, doch die grundsätzliche Steuerprivilegierung besteht fort.

Eine verkehrsmittelneutrale Entfernungspauschale, wie sie vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesra-

GRÜNE: Ein längst überfälliger Schritt

tes zum 1. 1. 2001 in Höhe von 0,80 DM eingeführt wird, kommt allen Arbeitnehmer/innen – unabhängig davon, ob sie mit dem Auto, mit der Bahn oder zu Fuß zur Arbeit gelangen – zugute und schafft einen unmittelbaren Anreiz zum Umsteigen auf den ÖPNV. Zudem ist die Entfernungspauschale ein Beitrag zur Erhöhung der Steuerehrlichkeit, werden die Bürger/innen so doch erst gar nicht mehr in Versuchung geführt, die höhere km-Pauschale geltend zu machen, obwohl sie mit dem Bus fahren.

Für niemanden darf die neue Regelung zu einer Verschlechterung führen. Insofern treten wir GRÜNE dafür ein, dass ÖPNV-Nutzer, deren tatsächliche Kosten durch die Entfernungspauschale nicht abgedeckt werden, zumindest diese Kosten steuerlich geltend machen können. Denkbar ist dies bei sehr geringen Entfernungen zum Arbeitsplatz.

Die Umwandlung der km-Pauschale in eine verkehrsmittelneutrale Entfernungspauschale wird gemäß den Berechnungen des NRW-Finanzministers ca. 2,5 Mrd. DM kosten. 250 Mio DM davon werden auf NRW entfallen. Diese neuerliche Belastung kann das Land nicht ohne einen entsprechenden Ausgleich verkraften. Dies gilt unabhängig von den ab 2001 zu erwartenden höheren Einnahmen aus der KFZ-Steuer. Im Übrigen sollten wir die Diskussion über die Finanzierung der Entfernungspauschale zum Anlass nehmen, die zukünftige Ausgestaltung der föderalen Finanzarchitektur und deren zumindest aus meiner Sicht nicht immer zweckmäßigen Mischcharakter auf die politische Agenda zu setzen.

Franz-Josef Britz (CDU) erinnerte an die erste Direktwahl der Bürgermeister im September 1999, nach seinen Worten eine verheerende Niederlage für die erfolgsverwöhnten Sozialdemokraten. Mit 50,3 Prozent sei die CDU zur stärksten Partei geworden und stelle in 29 von 31 Kreisen den Landrat, in 249 von 373 Gemeinden den Bürgermeister und in 14 von 23 kreisfreien Städten den Oberbürgermeister. Viele Bürgerinnen und Bürger seien den selbstherrlichen Politikstil und die Betonkopfmoralität der Genossen einfach leid gewesen. Der SPD-Landesvorsitzende habe dennoch nicht begriffen, dass die Kommunen nicht einer Partei gehörten. Die unzulänglich geänderte Gemeindeordnung führe jetzt in Köln zu einer neunjährigen Amtszeit des Oberbürgermeisters. Die Vorschläge der CDU für eine schlüssige Gemeindeordnung würden von der Mehrheit der Sachverständigen unterstützt. Wenn man den Kommunen viele staatliche Aufgaben übertrage, müsse ihnen auch das Geld dafür gegeben werden. Und was als Verwaltungsreform gelaufen sei, habe nur die staatliche Verwaltung gestärkt, wie die Beispiele Straßenbau und Ruhr GmbH zeigten. Die kommunalen Spitzenverbände sollten ein stärkeres Mitspracherecht erhalten. Die Kommunen dürften für sparsames Haushalten nicht bestraft werden.

Dr. Axel Horstmann (SPD) versicherte, günstige Rahmenbedingungen für kommunales Handeln sei herausragendes Ziel der SPD-Fraktion, die aber auch einen Wettbewerb zugunsten der Kommunen begrüße. Die SPD wolle gute Gesetze und gute Finanzierungsregelungen. Die von der CDU geforderte grundlegende Gemeindefinanzreform sei jedoch Sache der Bundestages. Auch ihre Forderung, die Landesregierung solle eine stärkere Beteiligung an Entscheidungen des Landtags gesetzlich verankern, zeuge nicht von Sachkunde. Die SPD werde die Hürden für Änderungen der Gemeindeordnung hoch legen, da die Städte und Gemeinden Anspruch auf Stetigkeit des Landesgesetzgebers hätten. Zur guten Finanzausstattung der NRW-Gemeinden habe die zweistellige Erhöhung der Schlüsselzuweisungen in den letzten fünf Jahren beigetragen. Im Nachtragshaushalt würden gerade 430 Millionen Mark zusätzlich für die Kommunen ausgeschüttet. Die SPD werde weiter die Entscheidungsfreiheit vor Ort stärken aus voller Überzeugung. NRW gebe Mittel aus dem Steuerverbund zu 90 Prozent ohne Zweckbestimmung, das sei ein-

Alle Fraktionen wollen Kommunen stärken

Aber sie streiten um verlässliche Finanzen

Den CDU-Antrag „Selbstverwaltung sichern – Rechte der Kommunen stärken“ (Drs. 13/182), in dem sich die CDU für eine grundlegende Gemeindefinanzreform, strikte Bindung von Aufgaben an die Finanzfolgen, eine Überarbeitung der Gemeindeordnung und die stärker verankerte Teilhabe der Spitzenverbände ausspricht, überwiegt der Landtag nach der Aussprache am 27. September an den Ausschuss für Kommunalpolitik.

malig. Auch die SPD wolle mehr Bürgereinfluss, aber nicht mit Lösungen „schnell vor gut“.

Dr. Ingo Wolf (FDP) führte aus, die kryptischen Äußerungen der Koalition zur Änderung des Finanzausgleichs würden von kommunaler Seite richtig gedeutet. Der Versuch, das selbst gelegte Feuer zu löschen, sei nur begrenzt erfolgreich. Hände weg von der Verbundquote, fordere die FDP, um auch für die folgenden Jahre Planungssicherheit ohne Befrachtungen zu erreichen. In den Kommunen würden die Hausaufgaben bei den Haushalten gemacht, im Land leider noch lange nicht. Mit den gesetzlich festgeschriebenen und explosionsartig gestiegenen Sozial- und Jugendhilfelasten blieben die Kommunen vor Ort allein, während sich das Land mit immer wieder erfundenen Sonderprogrammen prestige- und medienwirksam als Gönner präsentiere. Mit den Folgekosten vieler Danaergeschenke müssten sich die Kommunen allein zurechtfinden. Auf den Mut der beiden Fraktionen bei der Überarbeitung der Gemeindeordnung sei er gespannt, sagte Dr. Wolf. Scheinprivatisierung, bei der durch politische Aufsichtsräte alles weiterlaufe wie bisher, brauche NRW nicht, sondern eine Verlagerung von Aufgaben in den Wettbewerb der privaten Wirtschaft.

Ewald Groth (GRÜNE) hielt den CDU-Antrag für ein Sammelsurium unterschiedlichster Sachverhalte. Der Verbindung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung bei den Kommunen sei bei allen Gesetzen Rechnung zu tragen. Eine schlüssige Gesamtreform der Gemeindeordnung sei längst verabredet. Auch bei der Fortführung der Verwaltungsreform springe die CDU nur auf Trittbretter auf. Jetzt sei das Land am Zug. Noch nicht gut geregelt sei die Personalvertretung beim Landesbetrieb Straßenbau. Ein verbindliches Anhörungsrecht für die Spitzenverbände habe der Ministerpräsident zugesagt.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) versicherte, die Landesregierung sei sich ihrer Mitverantwortung für die kommunalen Finanzen stets bewusst, werde die faire Partnerschaft fortsetzen und erkenne die erheblichen Anstrengungen der Kommunen an. Die Erfahrungen mit der neuen Gemeindeordnung würden nach einem Jahr ausgewertet. Zur Verwaltungsmodernisierung, die erst 2001 in Kraft trete, verwies der Minister auf die vier neuen Landesbetriebe und sah darin das Gegenteil von zunehmender Verstaatlichung. Durch Regionalräte mit prominenten Köpfen solle sich kommunale Mitwirkung in den Regierungsbezirken entwickeln. Er hoffe auf tatkräftige Mitarbeit der vielen christdemokratischen Stadtoberhäupter. Die gesetzliche Fundierung der Beteiligungsrechte der Spitzenverbände überlasse die Landesregierung dem Landtag.

Manfred Palmén (CDU) zitierte Zufriedenheit mit der CDU-Politik aus Umfragen und vermerkte eine drohende Kürzung bei den Kommunalfinzen. Von einer besseren Finanzlage der Kommunen könne keine Rede sein, auch nicht nach der Ausschüttung im Nachtragshaushalt. Die Überlastung sei auch von der Finanzkommission festgestellt worden. Jetzt gehe es um größere Spielräume, die Kommunen brauchten stetige Einnahmen als Träger der Daseinsvorsorge.

Karl Peter Brendel (FDP) hielt den Koalitionsfraktionen Oberlehrer-Reden vor und wies auf einen Forderungskatalog des Städte- und Gemeindebunds für mehr Beteiligung hin. Von den 90 Prozent Gestaltungsmöglichkeiten komme bei den Kommunen nichts an. Diese könnten damit gerade ihre Aufgaben erfüllen.

Ewald Groth (GRÜNE) sprach Sorgen wegen der Steuerausfälle in den nächsten Jahren aus und erteilte Vorstellungen, die Verbände könnten die Gesetze machen, eine Absage. Ihre Beteiligung solle aber verstärkt werden.



Während die Oppositionsredner die verlässliche Bindung kommunaler Finanzen an die Aufgabenübertragung und mehr Mitwirkungsrechte forderten, betonten die Redner der Koalitionsfraktionen und der Minister den Spitzenplatz des Landes bei kommunalfreundlicher Politik, v.l. Franz-Josef Britz (CDU), Dr. Axel Horstmann (SPD), Ewald Groth (GRÜNE), Dr. Ingo Wolf (FDP), Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD).

Fotos: Schälte

2001 rund 65 Milliarden mehr für Energie

Aktuelle Stunden zusammengelegt: Streit im Plenum um die Ökosteuer

Für die Aktuelle Stunde beantragten die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Aussprache zum gleichen Thema: „Die Ungerechtigkeit der Ökosteuer bleibt von den geplanten Entlastungsmaßnahmen unberührt“ hieß die Überschrift seitens der CDU-Fraktion und „Die ökologische Steuerreform konsequent fortführen“ betitelte die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag. Die Fraktionen erklärten sich einverstanden, die beiden Tagesordnungspunkte zu einer gemeinsamen Aussprache zu verbinden.

Laurenz Meyer (CDU) erhob den Vorwurf, die Landesregierung habe mit der Ökosteuer signalisiert, „dass Energie viel zu billig ist“. Diese Botschaft hätten sich die Ölförderländer zu eigen gemacht. Wer so handle, setze sich „über die Sorgen der Bevölkerung in größtem Maße hinweg. Die geplanten Rückzahlungen bewertete der Abgeordnete als zu niedrig. Mit der Einführung der Steuer verfolge die Regierung ein „autofeindliches Politikziel“, die von den Arbeitnehmern stets eingeforderte Mobilität werde so bestraft. „Weg mit der Ökosteuer“, forderte Meyer deshalb.

Reiner Priggen (GRÜNE) strich heraus, dass die Bundesregierung erstmals Einnah-

sage seines Vorredners. Langfristig müsse die Abhängigkeit vom Öl durch verbesserte Energieeffizienz im Verkehr, im Gebäudebestand und durch alternative Energieträger reduziert werden.

Dr. Gerhard Papke (FDP) verurteilte die Rückzahlungsmaßnahmen der Bundesregierung, an der auch Länder und Kommunen beteiligt würden. „Der Bund stopft sich bei der Ökosteuer die Taschen voll und refinanziert die Ausgleichsmaßnahmen über die Steuergelder von Ländern und Gemeinden“, erzürnte sich der Abgeordnete, der die Landesregierung zu einer „verbindlichen Stellungnahme“ aufrief, in der versprochen werden sollte, „dass das Land Nordrhein-Westfalen keine einzige Mark der Steuereinnahmen von Land und Kommunen zur Finanzierung der Ökosteuerhilfe preisgeben wird“.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) verwies auf eine unsachliche Art und Weise der CDU bei der Debatte. wollten die Christdemokraten doch mit Blick auf „Abzockerei gegenüber Autofahrern“ lediglich „den Beifall eines Nachmittags“ erheischen. Durch die Ökosteuer, so der Minister, sei die „Schraubenbewegung nach oben bei den Sozialversicherungsabgaben zu stoppen“. Mit der Ökosteuer werde konsequent die Zielsetzung von 25 Prozent weniger Kohlenstoffdioxid-Ausstoß angepeilt. Unter wettbewerbspolitischen Aspekten müsse die Förderung der Energieeinsparung statt der von der CDU propagierten Subventionierung des Energieverbrauchs in den Vordergrund gestellt werden.

Jürgen W. Möllemann (FDP) wies ebenfalls auf die Verstärkung bestehender Wettbewerbsverzerrungen durch die Ökosteuer hin. Nach der OPEC-Konferenz sei vor allem ein Gespräch zwischen Industrie und Ölförderländern über die Frage wichtig, „was man gemeinsam tun kann, damit der preistreibende Mechanismus der Verknappungspolitik auf der einen, aber auch einer Steuererhöhungspolitik auf der anderen Seite begrenzt wird“.

Johannes Rimmel (GRÜNE) hob die Funktion der Ökosteuer als Impulsgeber bei der Entwicklung von Energieeinsparungstechniken hervor. Die „Debatte und Kampagne“ der Oppositionsparteien gegen die Ökosteuer mache deutlich, dass CDU und FDP „keinerlei Konzept für einen effektiven Klimaschutz“ hätten.

Christian Weisbrich (CDU) sorgte sich um die Konjunktur. „Die nachfragewirksame Kaufkraft schrumpft um 25 Milliarden DM, die Inflation beschleunigt sich nach aktuellen Erkenntnissen um fast 1,5 Prozent.“ Weisbrich rechnete vor, dass für Benzin 36 Milliarden Mark und beim Heizöl 18 Milliarden Mark mehr ausgegeben werden, dazu kommen noch die Mehrkosten für Strom und Gas.

Edgar Moron (SPD) strich heraus, dass die Ökosteuer lediglich im März 1999 eine Erhöhung des Heizöls um 4 Pfennig bewirkt habe, für die weitere Verteuerung jedoch keineswegs verantwortlich sei. Der Heizölpreis habe sich verdoppelt, ohne dass die Ökosteuer darauf Einfluss gehabt habe. Die eigentlichen Verursacher seien die Politik internationaler Ölkartelle, Euro- und Dollarkurs und nicht die Steuerpolitik. Die Zahlung der Entfernungspauschale befürwortete der SPD-Fraktionsvorsitzende, machte jedoch deutlich, dass das Land NRW die Kosten nicht tragen könne.

Dietmar Brockes (FDP) bestritt, die Ökosteuer sei zur Finanzierung der Rentenversicherung gedacht und verwies auf die verzerrten Wettbewerbsbedingungen. Vor allem die Landbevölkerung werde besonders benachteiligt: „Arbeitnehmer, Hausfrauen, Rentner, Schüler und Studenten haben gar nicht erst die Möglichkeit, auszuweichen.“

Edith Müller (GRÜNE) will für alle Jugendlichen in NRW ein Schülerticket für den ÖPNV einführen. Lohn- und Sozialstrukturen müssten so abgesichert werden, dass Lohn- und Strukturdumping in der Europäischen Union nicht mehr möglich sind.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) rechnete vor, „79 Prozent der heutigen Steuerlasten, die auf Normalbenzin liegen“, habe die jetzige Opposition während ihrer Regierungszeit auf Bundesebene verursacht. Die Preiserhöhungspolitik der OPEC-Staaten und der Mineralölkonzerne hätten dramatische Auswirkungen sowohl im sozialen Bereich als auch für Unternehmensstrukturen. Wohngeld und Entfernungspauschale bewertete der Ministerpräsident als die richtigen Mittel zur Gegensteuerung, betonte gleichzeitig jedoch, dass der Bund Teile der Kosten nicht auf die Länder abwälzen solle.

Thomas Kufen (CDU) hielt ebenfalls die Preissteigerung beim Heizöl sowie die Benzinpreisentwicklung für untragbar für „mittlere und einkommensschwache Familien“.



Meinungen zur Ökosteuer (v. l.): Laurenz Meyer (CDU), Reiner Priggen (GRÜNE), Marc Jan Eumann (SPD), Dr. Gerhard Papke (FDP) und Minister Peer Steinbrück (SPD).
Fotos: Schälte

men aus der Mineralölsteuer nutze, um Sozialversicherungsbeiträge zu senken und Steuern zurückzugeben. Die Forderung nach einer Rücknahme der Ökosteuer wies er entschieden zurück. Ein „netter Scherz“ sei zudem Meyers Argumentation, die OPEC reagiere mit ihrer Preispolitik auf das, was die Bundesregierung tue. Die Sorgen und Nöte in der Bevölkerung nehme man ernst, die Regierung reagiere schließlich mit Maßnahmen, die „die drastisch gestiegenen Heizkosten auffangen“.

Marc Jan Eumann (SPD) bekräftigte: „Wir verstehen die Wut und den Zorn über Preisexplosion bei Diesel, Benzin und Heizöl.“ Deutlich wies er auf die ökologischen Gefährdungen hin, die durch verantwortungslosen Ressourcenverbrauch unausweichlich seien. „Das internationale Marktgeschehen kann nicht durch nationale Steuerpolitik neutralisiert werden“, unterstrich er die Aus-

Eckhard Uhlenberg (CDU) kritisierte, anstatt die Finanzmittel gezielt für eine Verbesserung der Umwelt einzusetzen, werde eine Geldquelle geschröpft, „um die Rentenkassen zu finanzieren und Haushaltslöcher zu stopfen“. Kritik übte er an den Wettbewerbsverzerrungen. Während in Frankreich für den Liter Agrar-Diesel nur elf Pfennig bezahlt würden, lag in Deutschland die steuerliche Belastung je nach Verbrauch zwischen 44 und 54 Pfennigen.

Horst Vöge (SPD) erläuterte die Maßnahmen zur Kompensation für „wirtschaftlich Schwächere“. So sei die Erhöhung des Wohngeldes ein einmaliger Zuschuss, dessen Höhe sich nach der Quadratmeterfläche der Wohnung richte. Die verkehrsunabhängige Entfernungspauschale, die von 70 auf 80 Pfennig angehoben wird, gelte ab dem ersten Januar.

Gewahrsam für Randalierer Mehrheit hält Polizeirecht für ausreichend

Am 27. September 2000 überwies der Landtag einstimmig den von der CDU-Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Drs. 13/179) an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform.

Theodor Kruse (CDU) stellte klar, dass es der CDU bei der Einbringung von Anträgen nicht darum gehe, „kurzfristig bessere Umfrageergebnisse zu erzielen“. Der Gesetzentwurf habe das „Ziel, den Unterbindungsgewahrsam in Nordrhein-Westfalen neu zu ordnen“. Der Polizei fehle es an einem wirksamen Instrument, um gewaltbereite Randalierer für mehrere Tage in Gewahrsam nehmen zu können. Die CDU fordere daher die Aufnahme eines siebentägigen Unterbindungsgewahrsams in das Polizeigesetz. Es müsse die Möglichkeit geschaffen werden, potenzielle Straftäter aufgrund richterlicher Beschlüsse bis zu sieben Tagen in Gewahrsam zu nehmen, um Straftaten tatsächlich zu unterbinden. Der Staat könne es nicht nur darauf bewenden lassen, die Zahlen der Gewalt statistisch festzuhalten. Vielmehr dürfe das Land Nordrhein-Westfalen keiner Art von Kriminalität und Extremismus Freiräume gewähren.

Frank Baranowski (SPD) kritisierte den eingebrachten Gesetzentwurf scharf. Unterbindungsgewahrsam sei der vorbeugende Freiheitszug als polizeiliches Mittel. Rechte Geisteshaltungen würden dadurch nicht eingedämmt werden, und, wer so argumentiere, würde sich die Debatte um die Gewalt von rechts viel zu einfach machen. Es sei falsch zu denken, es bedürfe nur eines Signals des Staates. Baranowski stellte klar, dass derartige Signale in eine viel gefährlichere Richtung gingen. „Die Gefahr, dass aus dem Unterbindungsgewahrsam eine Vorbeugehaft wird, ist schlichtweg zu groß.“ Die vorgeschlagene Neuregelung wäre außerdem ein schwerwiegender Eingriff in Artikel 2 des Grundgesetzes. Das rechtliche Instrumentarium zur Bekämpfung rechtsextremer Gewalt sei vorhanden. Es müsse nur genutzt werden. Was nach den bisherigen rechtlichen Grundlagen nur schwer zu bewältigen war, werde durch die vorgeschlagene Veränderung nicht verbessert. Daher halte die SPD-Fraktion die Änderung des Polizeirechts für nicht notwendig.

Horst Engel (FDP) verwies darauf, dass die polizeilichen Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen anlässlich der Euro 2000 bewiesen hätten, dass keinerlei Regelungsdefizite existieren würden. Hausbesuche bei potenziellen Störern und Hooligans und Meldeauflagen bis hin zu der Verpflichtung, sich dreimal täglich bei der örtlichen Polizeidienststelle zu melden, seien Beispiele, die sich bewährt hätten. Es sei daher für die Freien Demokraten nicht nachvollziehbar, warum das Polizeigesetz Nordrhein-Westfalens geändert werden sollte. Engel ver-



Die Landesverbände Gartenbau Rheinland und Westfalen-Lippe mit ihren Präsidenten Werner und Herker, die Landwirtschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe mit ihren Präsidenten Möllers und Vosseler sowie der Provinzialverband Rheinischer Obst- und Gemüsebauern mit seinem Präsidenten Klein haben Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) im Beisein der Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE, M.) sowie des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Jürgen Rüttgers (3. v. l.) ihre Sorgen wegen der gestiegenen Rohöl- und Energiepreise und daraus entstehender Wettbewerbsverzerrungen vorgetragen. Fotos: Schälte

wies auf die „ganz große Gefahr, dass aus solch einem verlängerten Unterbindungsgewahrsam eine Vorbeugehaft“ werden könnte.

Monika Düker (GRÜNE) betonte, die nordrhein-westfälische Polizei habe in den letzten Jahren hinlänglich bewiesen, dass sie durchaus in der Lage sei, mit den bestehenden Gesetzen auch problematische Situationen zu bewältigen. Die gegenwärtigen Gesetze würden völlig ausreichen. Es gäbe somit keinerlei Grund, überzureagieren und in Grundrechte massiv einzugreifen. Ohne mit der Wimper zu zucken, vergleiche die CDU Äpfel und Birnen munter miteinander und werfe sie durcheinander. Der Entwurf löse keine Probleme, sondern schaffe nur neue. Düker kritisierte die „schlichte und

einseitige Herangehensweise an die Problematik der rechtsextremen Gewalt“.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) führte an, dass es durchaus ausreiche, „einen Störer als potenziellen Straftäter für relativ kurze Zeit“ festzuhalten. Sieben Tage seien nicht notwendig. Und was nicht notwendig sei, sei unverhältnismäßig und verstoße gegen die Verfassung. Die Praxis habe in der Vergangenheit gezeigt, dass sich der bisherige Polizeigewahrsam bewährt habe. Jedermann würde wissen, „dass die Polizei konsequent und entschlossen gegen [...] Straftäter und -taten“ vorgehe. Für eine Vorbeugehaft gäbe es keine ausreichenden Gründe. Behrens warnte davor, aus Anlass der Gewalttaten von Extremisten gleichsam im Wege einer „Rasenmähermethode“ Restriktionen flächendeckend vorzusehen, die untauglich seien. Der Landtag habe bereits in seinem einmütigen Beschluss über das Bündnis „Für Toleranz und Zivilcourage – Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ ein unübersehbares Zeichen gesetzt.

Klaus Stallmann (CDU) verdeutlichte, dass der Antrag, der bereits in der letzten Periode eingebracht worden war, in der Sache gut sei und deswegen wieder von der CDU aufgegriffen und erneut in den Landtag eingebracht werde. Der Gesetzentwurf würde nicht zu Willkür bei der Polizei führen, denn die notwendigen Beurteilungen sollen auf richterlichen Entscheidungen beruhen.

Dr. Robert Orth (FDP) bezeichnete den Antrag der CDU als einen weiteren Beleg dafür, dass im Landtag die Sensibilisierung für die Trennung von Justiz und Verwaltung leider nicht besonders ausgeprägt sei. „Wer, wie die CDU, den Unterbindungsgewahrsam verlängern möchte, stellt [...] die Gewaltenteilung in Frage.“ Die Polizei dürfe nur für die Gefahrenabwehr eingesetzt werden. Wer unter der Etikette der Gefahrenabwehr Menschen wegsperren wolle, setze sich dem Verdacht des Gesinnungsstrafrechts aus.



Einen so genannten „Wackeldackel“ fand der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Edgar Moron (l.) vor der Plenarsitzung am 27. September auf seinem Pult vor. In Anspielung auf die Hundeverordnung präsentierte er ihn der Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE). Die Heiterkeit bei Justizminister Jochen Dieckmann (2. v. r.) und Innenminister Dr. Fritz Behrens (r., beide SPD) war groß.

Straßenbauverwaltung: Liberale rügen „unsinnige Einstellungsarie“

„Neue Stellenbesetzungen bei den Rheinischen Straßenbauämtern kurz vor der Verstaatlichung – Dezemberfieber im September?“ – unter dieses Thema hat die FDP-Fraktion die Aktuelle Stunde am 27. September gestellt.

Horst Engel (FDP) appellierte: „Der kommunale Straßenbau beider Landschaftsverbände hat bestens funktioniert. Die Stellenbesetzungen sind überflüssig. Investieren Sie die Millionen in den tatsächlichen Straßenbau und nicht in die Bürokratie! Für 25 bis 30 Millionen Mark – und das Jahr für Jahr! – bekommen Sie mindestens eine durchschnittliche Ortsumgebung zusätzlich realisiert! Diese Aktion Dezemberfieber im September konterkariert jegliche Sparbemühung und den Stellenabbau im öffentlichen Dienst.“ Seine Partei verlange daher von der Landesregierung: „Stoppen Sie diese unsinnige Einstellungsarie! Die Menschen haben dafür kein Verständnis.“ Das Argument, man wolle eine funktionsfähige Straßenbauverwaltung übernehmen, steche nicht.

Hans Krings (SPD) konterte: „Ihr Antrag beruht auf einer völligen Verkennung der Rechtslage.“ Bis zum 1. Januar kommenden Jahres habe der Landschaftsverband völlige Personalkompetenz. Es handele sich dabei um Stellen nach Stellenplan, die man nicht ein ganzes Jahr unbesetzt lassen könnte, denn „sonst ausgesucht, wenn man recherchiert hätte, dann wäre klar geworden, dass der Adressat der Aktuellen Stunde der Landschaftsverband Rheinland sein müsste. So aber sei die Sache „völlig aus der Luft gegriffen, durch nichts belegt und durch nichts zu halten“.

Winfried Schittges (CDU) bekannte, er verstehe an dieser Aktuellen Stunde so manches nicht: „Hier kann von Dezemberfieber nicht im Entferntesten die Rede sein. Wir wollen vernünftig besetzen, vernünftig übergeben.“ Zur FDP: „Manches geht an Ihnen vorbei.“ Zwar treffe es ihn, Schittges, dass nach weit über 100 Jahren der Straßenbau jetzt verstaatlicht werde; aber das habe Rot-Grün entgegen der Stellungnahme sämtlicher Fachleute so beschlossen. In den vergangenen Jahren sei dem Straßenbau in den Landschaftsverbänden hervorragende Aufgabenerledigung bescheinigt, hier sei effektive und sparsame Verwaltungsarbeit geleistet worden. Die Verpflichtung, dem Land am 1. Januar eine funktionsfähige Straßenbauverwaltung zu übergeben, werde von den Verbänden sehr ernst genommen. Es werde keine einzige Stelle neu geschaffen.

Ewald Groth (GRÜNE) nannte die Aktuelle Stunde eine „Zumutung“, allein „auf Hörensagen“ gegründet und „völlig überflüssig“. Groth: „Gott bewahre, wenn wir aus jedem Gerücht eine Aktuelle Stunde machen wollten.“ Die Stellenbesetzung sei ein ganz

normaler Vorgang, alle 200 Stellen stünden im genehmigten Haushaltsplan für das Jahr 2000.

Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD) betonte gleichfalls, es gehe nicht um zusätzliche Stellen. Zudem werde es vermutlich nicht gelingen, Fachleute in ausreichender Zahl für die freien Stellen sofort zu gewinnen. Der Vorwurf, die Stellenbesetzungen seien von der Landesregierung initiiert worden, sei völlig absurd. Im Übrigen sei es den Landschaftsverbänden hoch anzurechnen, dass sie trotz ihrer Verfassungsklagen gegen die Verstaatlichung „am Umgestaltungsprozess so konstruktiv mitarbeiten“. Gerade in der jetzigen Umstrukturierungsphase müsse die Straßenbauverwaltung fachlich und personell leistungsfähig erhalten bleiben. Eine Verschlechterung würden die Bürger nicht verstehen.

Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) meinte ironisch, unter „funktionierenden Einheiten“ verstünden Landtag und Regierung offenbar, dass Behörden und Ämter funktionsfähig seien, „wenn es ihnen gelingt, alle Planstellen zu besetzen“. Dabei würden aber „Kosten mit Leistung und Input mit Output verwechselt“. Ohne überdurchschnittliche Ergebnissteigerung Leute einzustellen, sei „Produktivitätsvernichtung“.

Gerhard Lorth (CDU) warf der antragstellenden Fraktion vor, aus Gründen der Selbstdarstellung blockiere sie die Verwaltung mit Prüfaufträgen. Komplizierte Planungsvorgänge im Land erforderten Experten für eine leistungsfähige Straßenbau- beziehungsweise Verkehrsverwaltung. Der Einwand der FDP sei falsch, solange es um die Einstellung von Technikern und Ingenieuren gehe, die an konkreten Projekten arbeiteten.

Hans Krings (SPD) nannte den Straßenbau „eine gemeinsame Aufgabe, zu der wir alle stehen müssen“. Er wies den Vorwurf zurück, hier werde mit unsauberen Argumenten gearbeitet: „Es handelt sich um vorhandene Stellen, die notwendig sind, die jetzt für den Betriebsablauf gebraucht werden. Hier wird nicht getrickst!“

Geht es bei der Stellenbesetzung um „Dezember-Fieber“ oder handelt es sich um einen ganz normalen Vorgang? – Das diskutierten kontrovers (v. l.): Horst Engel (FDP), Hans Krings (SPD), Winfried Schittges (CDU), Ewald Groth (GRÜNE) und Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD).
Fotos: Schälte



„Metrorapid im Revier verbessert das Angebot“

Nach den Auswirkungen einer künftigen Metrorapid-Verbindung zwischen Dortmund und Düsseldorf auf den konventionellen Schienenverkehr hat sich in der Fragestunde des Landtags der CDU-Abgeordnete Heinz Hardt erkundigt. Unter der Überschrift „Metrorapid statt S-Bahnen im Ruhrgebiet“ wollte er von der Landesregierung wissen, „welche konkrete Bahnverbindung abbestellt wird, wenn der Metrorapid auf der Strecke Dortmund–Düsseldorf realisiert werden sollte?“

Komplett abbestellt würde nur die S-Bahnlinie S 7 (Solingen – Düsseldorf/Flughafen), erklärte Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD) in seiner Antwort. Streckenweise eingestellt würden die Regionalbahn (RB) 40 (Essen – Bochum – Hagen) auf dem Abschnitt Bochum – Hagen, die RB 35 (Wesel – Duisburg – Düsseldorf) auf dem Abschnitt Duisburg – Düsseldorf, der nur noch in der Hauptverkehrszeit bedient werde, und der Regionalexpress (RE) (Dortmund – Gelsenkirchen – Duisburg – Düsseldorf) ebenfalls auf dem Abschnitt Duisburg – Düsseldorf. Schwanhold stellte allerdings klar, dies beruhe auf Planung aus Sicht der Gutachter für das Jahr 2015.

Zum anderen fügte er an, unter dem Strich verbessere sich das Angebot schon deshalb, „weil die beauftragte Leistung, die der Metrorapid zu fahren hat, wesentlich größer ist – nämlich doppelt so groß – als die Leistung, die nach dem Planungsstand 2015 wegfallen würde“. Sowohl in den Tageszeiten wie auch in den Abendstunden komme man zu einer Verdichtung des Taktes. Schwanhold: „Es ist eher von einer deutlichen Verbesserung als von einer Verschlechterung des Angebots auszugehen.“ Es sei auch nicht erkennbar, dass gewisse Haltepunkte nicht mehr angefahren würden, wie dies einige befürchteten.

Ergänzend führte der Minister aus, dass der hier federführende Bund die Machbarkeitsstudien zweier Referenzstrecken in Deutschland europaweit ausgeschrieben habe. Konkrete Planungen seien erst möglich, wenn diese Machbarkeitsstudien vorlägen. Damit sei in 14 bis 15 Monaten zu rechnen. Wenn es zur Vergabe nur einer Strecke komme, dann sei deren Finanzierung durch den Bund voll gedeckt. Es sei abzuwarten, welche Strecken in die Machbarkeitsstudien einbezogen würden.

Richtkranz weht über der Glaskuppel des wiederhergestellten Ständehauses

Danksagung an Leute vom Bau: Mit ihrer Arbeit das Haus vor dem Verfall gerettet

„Auf diesen Tag haben wir alle lange gewartet“ – zwölf Jahre nach dem Auszug des Landtags Nordrhein-Westfalen aus dem alten Ständehaus am Düsseldorfer Kaiserteich kehrte Landtagspräsident Ulrich Schmidt zusammen mit seinen Vorgängern Ingeborg Friebe und Karl Josef Denzer, mit ehemaligen und aktiven Landtagsabgeordneten an den Ort „großer leidenschaftlicher Debatten“ zurück. Es war Richtfest bei Wiederaufbau und bei der Umgestaltung des Raschdorff-Baus vom Ende des 19. Jahrhunderts zu einem Ort der zeitgenössischen Kunst und der repräsentativen Aufgaben des Landes.

Am 22. September wurde nach gut zweijährigen Bauarbeiten – all die anderen Jahre war der Bau eingemottet – der Richtkranz über der Glaskuppel des 96-Millionen-Mark-Projekts hochgezogen. Unter den Ehrengästen Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD), Landesbauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) und Direktor Armin Zweite von der Kunstsammlung NRW. Anwesend war auch der Architekt, Professor Uwe Kiessler aus München, nach dessen Plänen das alte Gemäuer aus seinem Dornröschenschlaf geweckt worden ist.

Dass man auf historischem Boden stand, war den mehr als 200 Gästen des Richtfests bewusst. Die Bauarbeiter, die den völlig zugebauten Innenhof entkernten, stießen auf eine alte Treppe, auf die schon Kaiser Wilhelm I. und Reichskanzler Otto von Bismarck ihre Füße gesetzt hatten. Später waren es Friedrich Ebert und Konrad Adenauer. Landtagspräsident Schmidt erinnerte in seiner Rede daran, dass dieses Haus vier Bundespräsidenten hervorgebracht habe, Wilhelm Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel und Johannes Rau.

Rückblickend meinte der Präsident, der 13 Jahre als Abgeordneter im Ständehaus verbracht hat: „Es war eine schrecklich-schöne Zeit.“ Und eine nicht ganz ungefährliche dazu. Bauminister Vesper wies auf die nur unzureichend reparierten Kriegsschäden hin: So sei bei der Sanierung festgestellt worden („ein Schock“), dass der Hauptträger über dem ehemaligen CDU-Sitzungssaal kein Auflager hatte und die Decke vor Jahren eigentlich schon hätte herunterkommen müssen.

Der Präsident erinnerte an die vielfältigen Überlegungen, die beim Auszug des Landtags angestellt wurden, wie das leerstehende Gebäude künftig zu nutzen sei: Nobelhotel, Spielbank, Haus der Landesgeschichte oder Bürgerzentrum mit „gehobener Kneipe“. Minister Vesper hatte keine Mühe, sich an diesen Vorschlag zu erinnern, denn er kam seinerzeit von ihm selber. Er sei als junger Mensch jeden Tag am alten Landtag auf dem Weg zur Schule vorbeigekommen, wie oft habe er gedacht, fügte er in Anlehnung an das Zitat eines anderen bekannten Politikers schmunzelnd hinzu: „Ich will da rein.“ Geklappt habe es, bei dem einen wie auch bei ihm, wenn auch mit Verzögerung. Und ganz unrecht habe er ja nicht: Die Cafeteria im Erdgeschoss des

neuen Standorts der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen stehe ohne Eintritt allen Bürgern offen: „Es ist ein Haus für alle.“ Nun sei für die nächsten 100 Jahre alles gesichert, fuhr Vesper mit Blick auf die bereinigten statischen Probleme des Hauses fort. Wie der Präsident dankte der Minister den Bauleuten, die dieses Werk mit ihrer Arbeit zustande gebracht haben. „Sie haben das Ständehaus vor dem Verfall gerettet“, lobte der Landtagspräsident unter dem Beifall der Anwesenden.

Er ging auf die Bedeutung des Hauses ein. Es sei wichtiger Teil der Landesgeschichte und zugleich Leitbild der parlamentarischen Geschichte von 1881 bis 1933 und nach Provisorien in Opernhaus und Henkel-Werken wieder von 1949 bis 1988. „Die Arbeitsergebnisse dieses Hauses des Landtags können sich wirklich sehen lassen.“ Hier habe es Entscheidungen von historischer Tragweite gegeben, etwa die Verfassungsdebatte, die Auseinandersetzung um die Schulpolitik, das Ringen um die Gebietsreform.

Einen Bogen zur ein paar hundert Meter weit entfernt gelegenen Horion-Villa schlagend, dem Sitz des letzten Landeshauptmanns und der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, warnte der Landtagspräsident angesichts der Pläne für eine Parlamentarische Gesellschaft vor „Schnellschüssen und medialer Kritik“. Verkauf oder Vermietung an den Höchstbietenden sei die eine Seite, Verantwortung für die Geschichte die andere. Auf ihrem Rundgang durch das wieder erstandene Ständehaus konnten sich die Teilnehmer am Richtfest von der fruchtbaren Verbindung von Alt und Neu, von Vergangenheit und Gegenwart überzeugen. Den einen oder anderen mag es geschmerzt haben, dass der alte Plenarsaal des Landtags aufgegeben werden musste, um den Innenhof zu entkernen, zu erhellen und damit den Eindruck leichter und heller italienischer Neo-Renaissance mit Treppentürmen, Arkaden und Stuckwerk wieder zu erwecken. Wenn, wie geplant, die Kunstsammlung Ständehaus im Frühjahr 2002 der Öffentlichkeit übergeben wird, kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger, jeder Düsseldorfer und jeder Besucher ein eigenes Bild davon machen, ob die beabsichtigte Verbindung von Tradition und Avantgarde an dieser Stelle gelungen ist.

Jürgen Knepper



Rede zum Richtfest eines Hauses voller wieder entdeckter alter Stilelemente: Landtagspräsident Ulrich Schmidt.

Foto: Schälte

Überwachung per Video wenig gefragt

Vor einem halben Jahr ist in das NRW-Polizeigesetz eine Regelung eingefügt worden, die es der Polizei erlaubt, zur Verhütung von Straftaten einzelne öffentlich zugängliche Orte, an denen wiederholt Straftaten begangen wurden, mit einer Videokamera zu überwachen. In der Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform am 21. September unter Leitung von Klaus Stallmann (CDU) wollte CDU-Sprecher Theo Kruse wissen, wo entsprechende Versuche gestartet wurden und ob die strengen Voraussetzungen nicht gelockert werden sollten.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) berichtete, nach Inkrafttreten des Gesetzes habe sich auf eine entsprechende Aufforderung nur die Stadt Bielefeld gemeldet. Der Versuch laufe unter wissenschaftlicher Begleitung und solle im Jahre 2002 ausgewertet werden. Während die Landesbeauftragte für den Datenschutz, Bettina Sokol, den Platz in Bielefeld für ein Pilotprojekt als völlig ungeeignet einstufte, befürchtete Ewald Groth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lediglich einen Verdrängungseffekt und fragte, wo die Straftaten wie Drogenhandel jetzt verübt würden. Seine Fraktionskollegin Monika Düker bezweifelte, dass in Bielefeld der richtige Ort für einen solchen Versuch ausgewählt worden sei. Nach ihrer Kenntnis sei hier auch der Kriminalpräventive Rat mit der Ortsauswahl nicht befasst worden. Der CDU hielt sie entgegen, Ordnungswidrigkeiten,

Störungen seien nicht Gegenstand der gesetzlichen Bestimmung und dürften es auch nicht sein. Auch Karl Peter Brendel (FDP) widersprach in diesem Punkt der CDU.

Für die SPD-Fraktion äußerte sich ihr innenpolitischer Sprecher Jürgen Jentsch. Er erinnerte daran, dass die Voraussetzungen der Überwachung mittels Bildübertragung bewusst streng formuliert wurden. Die Versuchsphase sollte aber nicht schon zu Beginn gestoppt, sondern nach Ablauf des Pilotprojekts ausgewertet und dann bewertet werden.

Ein auf Antrag der SPD durch das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erstellter Bericht zu bisherigen Erfahrungen mit der neuen Landeshundeverordnung wurde vom Ausschuss mit der unbefriedigenden Erkenntnis diskutiert, dass es trotz vielseitiger Versuche seitens der Innenministerkonferenz noch immer nicht zu einer bundeseinheitlichen Regelung gekommen ist.

Rechtsextremismus sowie rechtsextreme Gruppierungen in NRW und deren Präsenz und Darstellung in den neuen Medien, der Tod von drei Polizeibeamten im Juni und der Bombenanschlag in der Düsseldorfer Innenstadt am 27. Juli wurden auf Antrag der SPD-Fraktion erörtert.

In seinem Bericht zum Rechtsextremismus wies der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, Dr. Hartwig Möller, darauf hin, das Anzeigeverhalten der Bevölkerung habe sich mittlerweile positiv entwickelt, der Rechtsextremismus und seine Akteure im Internet würden zunehmend massiver Kritik ausgesetzt. Seitens der — deutschen — Provider sei eine übliche Selbstkontrolle festzustellen.

Der Düsseldorfer Bombenanschlag konnte trotz intensiver Bemühungen noch nicht aufgeklärt werden, fuhr das Innenministerium fort. Die Ermittlungen würden jedoch weitergeführt; das puzzelartige Zusammenfügen kleinster Erkenntnisse habe neuerdings zu Erkenntnissen geführt, die wieder auf eine Spur zum Täter hoffen ließen.

Die Sprecher aller Landtagsfraktionen brachten bei der Diskussion über die Polizistenmorde des Frühsommers noch einmal ihre Anteilnahme am Schicksal der Hinterbliebenen zum Ausdruck. Das Innenministerium beteuerte auf Anfrage des Sprechers der CDU-Fraktion, für die Hinterbliebenen werde im Rahmen des Möglichen alles getan.

Im Zusammenhang mit Fragen der Eigensicherung und optimaler Schutzmaßnahmen hatte die FDP beantragt, das Ministerium solle im Ausschuss über die Eigensicherung im Polizeidienst berichten und einige Muster der zur Auswahl stehenden Schutzwesten vorführen. Zum Ankauf von Schutzwesten, die auch stichfest sein sollen, sind im Nachtragshaushalt für das laufende Jahr zehn Millionen DM vorgesehen. Die zur ausreichenden Versorgung mit Schutzwesten darüber hinaus benötigten 20 Millionen sollen im Haushalt des nächsten Jahres etatziert werden. Nach Auskunft des Innenministeriums können die benötigten 30 000 Schutzwesten durch den einzigen — im Fernen Osten ansässigen — Hersteller nur nach und nach bis zum Jahr 2002 geliefert werden. Das Thema „Eigensicherung“ wird nach Auskunft des Innenministeriums in Aus- und Fortbildungsveranstaltungen ständig behandelt. *Wolfgang Fröhlecke*

Minister schlägt Auszeichnungen für die im Sport ehrenamtlich Tätigen vor

Der Minister unterstrich, neben Leistungssport sei Sport auch Ausgleichssport. Er bezeichnete den Sport als „anthropologische Konstante“, als gesunden Gegenpol zu einem zumeist sitzend verbrachten Alltag. Sport und Bewegung seien ein natürliches Bedürfnis, wobei es unerheblich sei, „in welcher Form die Menschen Bewegung suchen — ob organisiert oder im Rahmen eines Vereins, ob allein oder gemeinsam mit anderen“. Die Landesregierung bemühe sich sowohl um den Leistungssport als auch um den Breitensport. Seine Sportpolitik werde sich darauf konzentrieren, „das Profil des Sportlandes Nordrhein-Westfalen zu kontinuierieren, die Rolle der Vereine zu stärken und noch mehr Menschen für die Teilhabe am Sport zu gewinnen“. Er werde sich auch darum bemühen, für die enorm wichtige gesundheitsfördernde Funktion des Sports zu werben und den Behindertensport zu fördern. Besonders dem Schulsport sprach der Minister eine große Bedeutung zu, da er der einzige Sportbereich sei, den jeder Junge und jedes Mädchen durchlaufe. Das „Jahr des Schulsports“ habe für die weitere Entwicklung des Schulsports Marksteine gesetzt. Im Sportunterricht sehe der Minister die bleibende Chance, Schlüsselkompetenzen und Werte wie Fairness, Leistungsbereitschaft oder Teamfähigkeit zu vermitteln. Die Schule spiele auch bei der Förderung von jugendlichen Leistungssportlerinnen und Leistungssportlern eine große Rolle. Die Gründung einer Sportstiftung solle dazu beitragen, Kinder und Jugendliche mit besonderen sportlichen Begabungen frühzeitig zu fördern.

Über die Sportpolitik der Landesregierung für die 13. Wahlperiode diskutierte der Sportausschuss in seiner Sitzung am 25. September. Der Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, Dr. Michael Vesper (GRÜNE), stellte dabei sein Arbeitsprogramm für die 13. Wahlperiode vor.

Da die Sportvereine die größten Anbieter von Jugendarbeit überhaupt darstellten, müssten sie auch in Zukunft attraktiv für junge Leute bleiben. Verstärkt möchte sich der Minister auch für das Sport- und Vereins-Engagement von Mädchen und Frauen einsetzen und dieses durch Aktionsprogramme fördern. Gleichzeitig solle durch das Verleihen von Auszeichnungen wie der Sportplakette das ehrenamtliche Engagement belohnt werden.

Die Abgeordnete Dr. Annemarie Schraps (CDU) hätte sich einen deutlicheren Rückblick auf die Ergebnisse der abgelaufenen Legislaturperiode gewünscht. Außerdem kritisierte sie, dass durch die Umstrukturierung der Ministerien die Kompetenzen besonders im Schulsport verschoben worden seien und nun Unklarheit über die Zuständigkeiten herrsche. Sie forderte den Minister auf, eine Abgrenzung seiner Zuständigkeiten dem Ausschuss vorzulegen, um die direkten Ansprechpartner zu kennen. Sie merkte des Weiteren an, die Gemeinden wählten beim Sportstättenbau bereits die billigsten Alternativen, da sie ansonsten die Vorhaben nicht finanzieren könnten. Sie kritisierte damit das Ziel des Ministers, die Städte zu kostengünstigerem Bau von Sportstätten zu animieren,

um „möglichst viel Sport fürs Geld“ zu bekommen.

Im Gegensatz dazu zeigte sich der Abgeordnete Ewald Groth (GRÜNE) sehr zufrieden mit den Ausführungen des Ministers. Sport gehöre zur Kultur und sei ein Teil der Kultur. Auch die Sportberichterstattung sei ein Teilbereich der Kultur und daher auch förderungsbedürftig. Sportübertragungen müssten allen kostenlos zugänglich sein. In seinen Augen seien auch die Städte und Gemeinden aufgerufen, Sportpolitik zu betreiben, da es ihre originäre Aufgabe sei. Er stimmte dem Minister zu, dass es wichtig sei, die Entwicklungen hin zu einer bewegungsfreundlichen Schule weiterzuführen. Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und den Schulen müsse gefördert werden. Für ihn sei besonders dringlich, die Sportgelegenheiten im Wohnumfeld auszubauen.

In den Ausführungen des Ministers kam der Abgeordnete Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) der Behindertensport zu kurz. Er sei viel mehr besonders im Verein zu fördern, da die meisten Behinderten im Sport eine Erfüllung fänden. Außerdem sei es für sie auffällig, dass sich der Minister in seinem Bericht vorrangig mit dem Spitzensport und dessen Förderung in der Schule beschäftigte habe.

Die Sprecherin der SPD, Ina Meise-Laukamp (SPD), lobte wie Groth die Ausführungen des Ministers und sprach ihm die Unterstützung der SPD-Fraktion in diesem Ausschuss zu. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit mit dem Minister.

Betina Psyk



Hauptausschuss beriet über Einzelpläne des Nachtragshaushalts

Der Hauptausschuss unter der Leitung seines Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) hat bei seiner letzten Sitzung am 21. September die Einzelpläne des Landtags und des Ministerpräsidenten im Nachtragshaushaltsgesetz 2000 beraten. Beim Landtag kamen rund eine Million Mehrausgaben zur Sprache, die nach den Erläuterungen des Direktors beim Landtag, Peter Jeromin, unter anderem aus der größeren Parlamentszusammensetzung und des Einzugs der vierten Fraktion, der FDP, resultieren. Der Fraktionsvorsitzende Jürgen Möllemann kommentierte nicht ohne Ironie, die Mehrkosten seien schade, „aber den Anlass finde ich nicht schade“. Bei der Aussprache über den Etat des Ministerpräsidenten monierte CDU-Fraktionssprecher Werner Jostmeier, dass in der Staatskanzlei 70 bis 80 Prozent der Bediensteten dem höheren Dienst angehörten, normalerweise seien das nur drei bis fünf Prozent. SPD-Fraktionssprecherin Dorothee Danner interessierte sich für die Aufgabenbereiche in der Staatskanzlei, für die Aufgabenverteilung innerhalb der Abteilungen. Auch der Ausbau des Stadttors, in dem sich die Staatskanzlei heute befindet, wurde angesprochen. Jostmeier kritisierte, dass der Steuerzahler nun mit zusätzlichen 600 000 Mark belastet werde. Der Hauptausschuss hatte ferner die Geschäftsordnung des Landtags auf der Tagesordnung. Zur Diskussion stand eine Änderung auf Antrag der Koalition. Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN wollen im Paragraphen 17 einen neuen Absatz 4 einfügen, um ein Grundmandat einführen zu können. Es gab keine Abstimmung. Beschlossen wurde indessen auf CDU-Antrag, eine Anhörung zu dieser Frage durchzuführen. Die Bilder auf dieser Seite wurden zu Beginn der Sitzung aufgenommen. Sie zeigen oben links den Vorsitzenden Edgar Moron (M.), der auch SPD-Fraktionsvorsitzender ist, im Gespräch mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin Carina Gödecke (SPD). Zwischen beiden der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch. Im Bild oben rechts Meinungsaustausch zwischen dem CDU-Abgeordneten und Landtagsvizepräsidenten Laurenz Meyer (M.) und dem neuen Landtagsdirektor Peter Jeromin (l.). Rechts neben Meyer CDU-Fraktionssprecher Werner Jostmeier. Vorne die CDU-Abgeordneten Dr. Hans-Ulrich Klose (l.) und Helmut Stahl. In der unteren Fotoreihe im linken Bild v. l. GRÜNE-Fraktionssprecherin Sylvia Löhrmann sowie der GRÜNE-Abgeordnete Johannes Remmel, ferner die SPD-Fraktionsmitglieder Carina Gödecke und Claudia Nell-Paul. Im unteren rechten Bild FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen Möllemann und die Parlamentarische Geschäftsführerin Marianne Thomann-Stahl (FDP).

Fotos: Schälte



Förderbedarf bei Schwierigkeiten im Lesen und Rechnen wird in NRW an den einzelnen Grundschulen ermittelt

Die These ist bekannt und der FDP-Abgeordnete Ralf Witzel hat sie in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung noch einmal unterstrichen: Schülerinnen und Schüler in Deutschland weisen trotz längerer Schulzeit nach der Schulausbildung einen geringeren Wissenstand auf als in anderen europäischen Ländern. Derzeit etwa 30 Prozent der Schüler und Schülerinnen der 9. Schulklasse, so schätzt die Stiftung Lesen, haben Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben der deutschen Sprache. 15 Prozent der Bevölkerung bewege sich am Rande des Analphabetismus. Die OECD schätzt die Zahl der

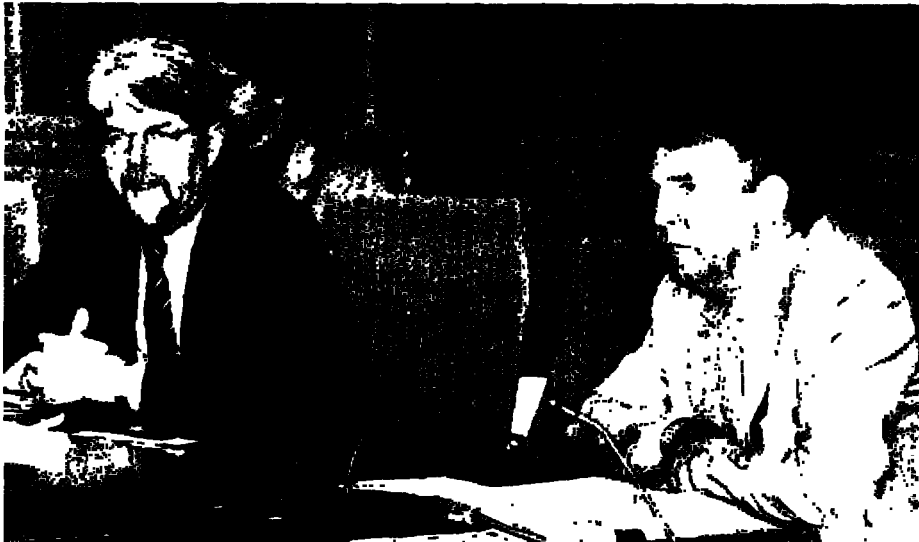
funktionalen Analphabeten im Bundesgebiet auf drei bis vier Millionen Menschen. Zugleich stellte die OECD im Jahre 1998 fest, dass 40 Prozent der berufstätigen Bevölkerung zwischen 16 und 65 Jahren nicht genug lesen können, um in einer modernen Volkswirtschaft zu arbeiten. Jedoch sei, so Witzel, die Fähigkeit zu lesen, zu schreiben und zu rechnen eine unentbehrliche Fähigkeit, um das eigene private und berufliche Leben bewältigen zu können. Im Jahre 1998 hatte die Kultusministerkonferenz beschlossen, regelmäßige Tests zur Überprüfung des Leistungsstandes durchzuführen, um die Qualität

und Vergleichbarkeit an den Schulen in Deutschland zu sichern. Witzel bezeichnete in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Stadt Köln als beispielhaft. Die Stadt Köln unterbreite Kindern mit erhöhtem Förderbedarf im Rahmen ihres Programms „Lesen-Schreiben-Rechnen“ ein zusätzliches Angebot neben dem Schulunterricht und ermittelte durch eine Erhebung an 15 Schulen den Förderbedarf der Schüler. Obwohl diese Erhebung nicht repräsentativ ist, so konnte doch mit den Ergebnissen der Förderbedarf der Kinder zielgenau ermittelt werden. Das

(Fortsetzung auf Seite 19)

Schwanhold fordert Primat der Wirtschaftspolitik

„Die Wirtschafts- und Mittelstandspolitik der Landesregierung in der 13. Wahlperiode“ stand am 20. September als Punkt eins auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses (Vorlage 13/108), der unter dem Vorsitz von Dr. Helmut Linssen (CDU) tagte. Die Aussprache darüber wurde auf die nächste Sitzung am 25. Oktober vertagt. Außerdem waren der Nachtragshaushalt und Berichte zu mehreren aktuellen Projekten vorgesehen. Auch die steigenden Spritpreise und die Ökosteuer beschäftigten die Ausschussmitglieder. Anschließend besuchte der Ausschuss den NRW-Stand im Deutschen Pavillon der Expo Hannover, den von der Ruhrkohle AG gestalteten Energie-Bereich im Themenpark und die Gütersloher Firma Bertelsmann.



„Ich will nicht, dass die Menschen sich als Gefangene im Modernisierungsprozess fühlen, sie sollen die Motoren sein oder sich daran zumindest beteiligen“, sagte Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD, l.) am Schluss des Vortrags über seine Ziele im Wirtschaftsausschuss und forderte, so manchen Knoten zu durchschlagen, rechts Vorsitzender Dr. Helmut Linssen (CDU). Foto: Schälte

Ernst Schwanhold, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr, stellte die „strategische Neuausrichtung“ seines Ministeriums vor, die bereits in der Koalitionsvereinbarung festgelegt sei. Das Ministerium wolle seine Förderpolitik konzentrieren und die Zielgenauigkeit erhöhen. Die Stärken der NRW-Wirtschaft sollten gestärkt und Kompetenzfelder entwickelt werden. Auch „eindeutiger Unternehmensbezug“ und Marktbeobachtung seien operative Schritte.

„Wir brauchen mehr denn je das Primat der

Wirtschaftspolitik, wenn wir durch mehr Wachstum mehr Beschäftigung schaffen wollen“, sagte er und fuhr fort, über Parteigrenzen hinweg müssten Wirtschaftspolitiker in die Gesellschaft hineinwirken, um den Veränderungsprozess zu beschleunigen. Die „New Economy“ sei Motor und Beschleuniger, auch der „Old Economy“. Aber ohne die Herstellung von Waren habe die „New Economy“ nichts zu verkaufen. Allerdings werde das einstige Zugpferd Industrie immer mehr vom Zugpferd Dienstleistung gezogen.

Frauenpolitik der nächsten Jahre

Unter der Leitung von Gerda Kiëninger (SPD) nahm der Ausschuss für Frauenpolitik in seiner Sitzung am 15. September 2000 den Bericht der Ministerin Birgit Fischer (SPD) zu den Aufgaben der Frauenpolitik in der 13. Wahlperiode entgegen.

Aus Sicht der Ministerin werden die zukünftigen Chancen von Frauen im Bereich Bildung und Qualifizierung sowie hinsichtlich der Gestaltung neuer Strukturen des individuellen und gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Familie, im Arbeitsbereich und in der Freizeit maßgeblich geprägt und gestaltet. Allgemein liegen die Arbeitsschwerpunkte in der Stärkung der Kompetenzfelder wie der Informations- und Kommunikationstechnologie wie auch um Techniken im Verkehr und Logistik, Umwelt und Energietechniken, Biotechnologie, Mikrotechnologie oder neue Werkstoffe. In der Frauenpoli-

tik gelte das Ziel, die Frauen nicht nur in die Lage zu versetzen, diese neuen Techniken anzuwenden und zu nutzen, sondern auch die Möglichkeit der Mitgestaltung umzusetzen.

Die Ministerin führte aus, dass heute 52 Prozent der Auszubildenden in den Medienberufen Mädchen seien, machte jedoch deutlich, je stärker die neuen Berufe „technikorientiert“ seien, desto weniger Mädchen befänden sich in den entsprechenden Ausbildungsgängen.

Mit der Reform des Landesjugendplans 1999 sei es gelungen, eine intensive Debatte über die Bedeutung parteilicher Mädchenarbeit mit den Trägern der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zu führen. Unter Mitwirkung der Träger der Jugendhilfe seien „Empfehlungen zur parteilichen Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen“ entwickelt worden. Die Ministerin kündigte die Veröffentlichung dieser Empfehlungen in Kürze an. Fortschritte gebe es auch in der emanzipatorischen Jungenarbeit. Sie wies jedoch darauf hin, dass nach wie vor qualifizierte Trainer für Jungenarbeit in der Ju-

Mit manchen Diskussionen müsse man aufhören, erläuterte Schwanhold, zum Beispiel über die „Wissensgesellschaft“. In angelsächsischen Ländern sei von „knowledge economy“ die Rede, also von der Wissenswirtschaft. In zehn Jahren werde der internationale Wettbewerb um das beste Bildungssystem über die Güte eines Wirtschaftsstandorts entscheiden. Darauf sei Deutschland noch nicht genug vorbereitet. Unter der Überschrift „Neue Wirtschaft NRW“ proklamierte der Minister die Modernisierung der gesamten Wirtschaft als neues Dach, das auf vier Säulen fuße: „Dienstleistung NRW, NRW Innovativ, NRW Global und NRW Mobil.“ Im Dienstleistungssektor sollten Neugründungen, Wachstum und Beschäftigung gefördert werden. Elektronischer Handel und Logistik seien vorrangige Themen. Der E-Kommerz müsse eine sichere Alternative zum Einkauf im Laden durch Gütesiegel, Zertifizierung und sichere Bezahlvorgänge werden. NRW solle Trendsetter im Handel werden. Im Übrigen spiele der Export von Dienstleistungen, etwa durch Ingenieure, von Franchise-Systemen oder Logistikkonzepten eine immer größere Rolle.

„Innovationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe“, verwies der Wirtschaftsminister auf das angestrebte Ziel, Wirtschaft und Wissenschaft zu vernetzen. Schwerpunkte sollen dabei die breite Anwendung des Internets („Verknüpfung von e-Commerce, e-Business und e-Government“) und die weitere Stärkung des BioGenTec-Standortes NRW („Life Science“) sein.

Die Außenwirtschaftspolitik müsse sich an ihrer Nachfrage auf den Weltmärkten orientieren, forderte der Minister eindringlich. „Wir suchen nicht für unsere Produkte nach einem Markt, sondern fragen die Weltmärkte danach ab, welche Produkte und Dienstleistungen absetzbar sind.“ Paketlösungen für Produkt, Service und Finanzierung „aus einer Hand“ seien zu unterstützen. Auch für eine verlässliche Energiepolitik sprach sich Schwanhold aus und erwähnte die heimische Stein- und Braunkohle und die regenerativen Energien. NRW sei das Energieland in Deutschland, auch unter veränderten Wettbewerbsbedingungen.

Christiane Lammert

gendhilfe, an Schulen und im Sport fehlten. Ein Konzept zu einer Modellausbildung für Trainer der „Jungenarbeit“ sei in Auftrag gegeben.

Zum Schwerpunkt „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ wies die Ministerin darauf hin, dass sich der Bundestag inzwischen auf einen Gesetzentwurf geeinigt habe, in dem es darum gehe, die finanzielle Situation von Familien zu verbessern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten. Hier seien neben Anhebungen der Einkommensgrenzen für das ungekürzte Erziehungsgeld, insbesondere Verbesserungen bei der Elternzeit vorgesehen. Erstmals könnten Eltern bei unveränderter Dauer des Erziehungsurlaubs von drei Jahren gleichzeitig Urlaub nehmen. Und sie könnten dabei bis zu 30 Wochenstunden pro Elternteil arbeiten. Dieser Entwurf werde noch in diesem Monat im zweiten Durchgang im Bunderrat beraten. Damit könnten die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Möglichkeiten zu partnerschaftlichen Lösungen eindeutig verbessert werden. (wird fortgesetzt)

Petitionsausschuss setzt sich für noch in Deutschland verbliebene Flüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo ein

Der Petitionsausschuss beschloss am 27. September, Eingaben von Kriegsflüchtlings aus Bosnien und dem Kosovo für ein längeres Aufenthaltsrecht trotz abgelehnten Asylverfahrens bzw. der geltenden Erlasslage insoweit zu unterstützen, dass Abschiebungen von Flüchtlingen, bei denen bestimmte soziale Härten vorliegen oder die in einem festen Arbeitsverhältnis stehen, so lange unterbleiben sollen, bis die Innenministerkonferenz (IMK) sich abschließend mit dem Problem befasst habe. Diese IMK-Sitzung soll voraussichtlich im November dieses Jahres stattfinden.

Der Landtag hatte am 7. September einstimmig einen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN angenommen, wonach humanitäre Gesichtspunkte bei bestimmten Flüchtlingsgruppen Vorrang vor der mit einem Erlass geregelten Pflicht haben sollten, Deutschland zu verlassen. Damals ging es vor allem um Traumatisierte mit fachärztlicher Beurteilung, Behinderte, Kranke, Mütter mit Kleinkindern und Ältere. Der Landtag stützte sich dabei auch auf einen einstimmigen Bundestagsbeschluss.

Der Petitionsausschuss möchte den vor drei Wochen beschlossenen „sensiblen und umsichtigen“ Umgang mit Kriegsflüchtlings nun auch auf Personen angewandt wissen, die sich in einem festen Arbeitsverhältnis befinden. In zahlreichen Eingaben hatten sich nicht nur die Betroffenen selbst, sondern zum Teil auch ihre Arbeitgeber für weiteres Bleiben eingesetzt. Der Petitionsaus-

schuss empfiehlt ihnen nun, der Ausländerbehörde alle Gesichtspunkte vorzutragen, die einer Rückkehr entgegenstehen könnten. Er weist außerdem auf günstigere Regelungen in anderen Bundesländern hin.

In Baden-Württemberg können zum Beispiel legal arbeitende Bürgerkriegsflüchtlings einen „vorübergehenden weiteren Arbeitsaufenthalt“ bis spätestens 31. Juli 2001 erhalten, wenn das Arbeitsverhältnis bereits seit längerer Zeit besteht, der Arbeitgeber begründet darlegt, dass berechnete Interessen für eine vorübergehende weitere Beschäftigung des Ausländers bestehen und der Flüchtling sowie der Arbeitgeber sich schriftlich zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses, spätestens zum Ausreisetermin, verpflichten. Außerdem muss auf Rechtsmittel verzichtet und müssen Petitionen zurückgenommen werden.

Eine ähnliche Regelung hat Schleswig-Holstein getroffen. Hier soll sich „der Begünstigte“ zusätzlich schriftlich verpflichten, sein verfügbares Erwerbseinkommen für seinen Existenzaufbau im Kosovo einzusetzen und freiwillig auszureisen. Die Familienangehörigen sollen früher ausreisen, können jedoch vorübergehend in Deutschland bleiben.

Unterrichtsausfall

Die Eingabe einer 10. Klasse des Rheinbacher Städtischen Gymnasiums wegen Vertretungsstunden, die nicht als Unterrichtsausfall gezählt würden, übersandte der Petitionsausschuss an den Schulausschuss zur Information, nachdem er der Schulklasse eine ausführliche Stellungnahme des Ministeriums übersandt hatte (Vorlage 13/55).

In der Eingabe hatte sich die Schulklasse über Vertretungsstunden unvorbereiteter oder fachfremder Lehrer beschwert. Die Klasse werde dabei oft dem Selbststudium überlassen und warte meist gelangweilt, ohne etwas Sinnvolles tun zu können, 45 Minuten auf die Schulglocke. Einen von ihr vorgeschlagenen Vertretungspool für die Sekundarstufe I (mit Fachlehrern) lehnte das Ministerium aus Haushaltsgründen ab.

Haushaltsausschuss

Anhörung zum Liegenschaftsbetrieb

Im Haushalts- und Finanzausschuss einigten sich die Fraktionen nach der Plenarsitzung am Donnerstag auf den 26. Oktober 2000 als Termin für die Anhörung von Sachverständigen zum Gesetzentwurf der Landesregierung über die Errichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW (Drs. 13/189). Zu Stellungnahmen über die Umwandlung der bisher im Besitz des Landes befindlichen Gebäude und Grundstücke in „ein teilrechtsfähiges Sondervermögen mit eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung“ werden sowohl Gewerkschaften und Personalvertretungen als auch Experten der privaten Immobilienwirtschaft, der Wirtschaftskammern, Unternehmensberater, Wissenschaftler des Staats- und Verfassungsrechts und Hochschulvertreter eingeladen.

Berichtigung

Durch ein redaktionelles Versehen ist ein Bild aus dem Archiv von „Landtag intern“ in die aktuelle Ausgabe Nr. 15 vom 26. September geraten.

Der dort abgebildete japanische Generalkonsul ist nicht mehr im Amt. Sobald der neue Generalkonsul seinen Antrittsbesuch beim Landtagspräsidenten absolviert hat, erscheint das aktuelle Foto.



Das Flüchtlingsdrama im Kosovo

„Verbrannte Erde – Das Flüchtlingsdrama im Kosovo und in Albanien“, heißt eine Fotoausstellung, die Landtagsvizepräsident Jan Söffing (l.) am vergangenen Mittwoch in der Wandelhalle des Landtags eröffnete. Die Ausstellung ist in Zusammenarbeit zwischen der Hilfsorganisation CARE Deutschland und der Fotojournalistin Ursula Meissner (M.) entstanden. Der Vizepräsident sagte in seiner Ansprache, die fünfte Ausstellung in der 13. Wahlperiode befasste sich mit einem Thema, das längst aus den Schlagzeilen der schnelllebigen Medien-Berichterstattung verschwunden sei. Er meinte das durch den Kosovo-Krieg bedingte Flüchtlingsdrama und dessen entsetzliche Auswirkungen auf das Leben der Menschen im Kosovo und in Albanien. Bis zum 13. Oktober sei die Wandelhalle Mittelpunkt einer Ausstellung, die an die Not der Kosovo-Albaner innerhalb des Kosovo im Kriegsjahr 1998 und nach ihrer Flucht in Albanien erinnere, berichtete Söffing. Die freie Fotojournalistin Ursula Meissner kenne die Balkan-Region durch zahlreiche Aufenthalte. CARE Deutschland habe während des Krieges den geflüchteten Kosovaren in Albanien, Mazedonien und Montenegro humanitäre Hilfe ebenso zukommen lassen wie nach ihrer Rückkehr und beim Wiederaufbau. Die Ausstellung, an deren Eröffnung die Fotografin und der Vorsitzende von CARE Deutschland, Willi Erl (r.), teilnahmen, wurde bereits in Berlin und Köln gezeigt.

Foto: Schälte

Lernort Wald

Eine Biologie-Lehrerin beschwerte sich beim Petitionsausschuss über die ersatzlose Streichung der Mittel für Waldexkursionen. Der „außerschulische Lernort“ Wald habe sich als sehr erfolgreich erwiesen. Auch ihre Kolleginnen und Kollegen meinten, hier werde am falschen Ende gespart. Die Bezirksregierung wies jedoch darauf hin, dass außerschulische Angebote bei knappen Haushaltsmitteln zurückstehen müssten. Zudem habe es sich um Wandertage gehandelt, an denen weitere Lehrkräfte zusätzliche Qualifikationen hätten erwerben sollen.

Verkehrspolitische Vorhaben der 13. Wahlperiode

Zu Beginn der vom Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 21. September trug Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD) die verkehrspolitischen Ziele der Landesregierung für die 13. Wahlperiode vor. Er knüpfte an die Anregungen und Leitlinien der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ für das gesamte Verkehrssystem aus der vorigen Wahlperiode an, die dem Landtag inzwischen rund 15 Gutachten vorgelegt hat. Schwanhold erinnerte auch an das in der vorigen Wahlperiode verabschiedete Gesetz über integrierte Gesamtverkehrsplanung, das die Akzeptanz für Infrastrukturprojekte verbessern solle.

Die Straße bleibe Rückgrat des Verkehrs, sie müsse 90 Prozent des Personen- und zwei Drittel des Güterverkehrs aufnehmen, sagte Minister Schwanhold. Schon heute sei die Infrastruktur für die Belastungen des Straßenverkehrs an vielen Stellen nicht gerüstet. Die Bundesverkehrswegeplanung müsse die deutlich höhere Belastung in NRW beachten. Für die wichtigsten Engpässe und Lückenschlüsse müsse NRW die Finanzmittel vom Bund bekommen. Der Bundesverkehrsminister habe NRW für die nächsten zwei Jahre zusätzlich 184 Millionen Mark für den Bundesfernstraßenbau zugesagt. Außer dem sechsstreifigen Ausbau der wichtigsten Autobahnen gehe es um den Bau von Ortsumgehungen zur Entlastung der Menschen in bebauten Ortslagen. Schwanhold teilte mit, die Ortsumgehungen Wuppertal und Plettenberg würden mit einer privaten Vorfinanzierung in Angriff genommen. Mit Wuppertal solle schon im nächsten Jahr begonnen werden.

Noch in diesem Jahr solle die Landesinitiative „verkehrsinfo.nrw“ starten. Über das Internet sollten alle Verkehrsteilnehmer mit aktuellen Verkehrsinformationen über Straße, Bus und Bahn versorgt werden, um deren Nutzung zu optimieren. Die Verkehrswahl solle schon zu Hause erfolgen, aber Prognosen auch unterwegs abgerufen werden können.

Die von aktuellen Gutachten vorausgesagten erheblichen Zuwächse beim Gütertransport würden hauptsächlich auf den LKW entfallen. Der Vorwurf der Umweltbelastung durch viele Leerfahrten sei durch Fortschritte der Logistik entkräftet. 20 Prozent Leerfahrten könnten kaum noch unterschritten werden. Die neuen Euro-Normen brächten eine spürbare Reduzierung der Schadstoffbelastungen aus LKW-Motoren, führte Schwanhold aus. Auch bei den Kohlendioxid-Emissionen erreichten moderne LKW mittlerweile das Niveau von Schiff und Bahn.

Mehr Güter als bisher sollten auf das leistungsfähige Binnenschiff geholt werden, da es hier erhebliche Kapazitätsreserven gebe. Im laufenden Haushaltsjahr seien für das westdeutsche Kanalnetz 16,5 Millionen Mark vorgesehen. Arbeiten würden aufgenommen, damit die Häfen Hamm und Lünen bei einem vierstündigen Taktverkehr mit Großmotorschiffen erreicht werden könnten. Die Landesregierung werde sich auch für eine deutliche Senkung der Schiffsabgaben gegenüber dem Bund einsetzen.

Auf dem ehemaligen Krupp-Gelände in Duisburg-Rheinhausen entstehe mit dem Projekt LogPort ein Logistikzentrum von europäischem Rang, das Transportketten mit allen Verkehrsträgern ermögliche. Hier sollten in den nächsten zehn Jahren rund 5000 Arbeitsplätze entstehen. Schiene, Wasserweg und Straßen würden zusammengeführt. Ergänzend dazu solle der Lo-

Mehr Landesstraßen

Der Bund hat bisher 334 Bundesstraßen-Kilometer in NRW abgestuft. Davon sind 311 Kilometer zu Landesstraßen, die übrigen zu Kreis- und Gemeindestraßen umgewidmet worden. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Gerhard Wächter (Drs. 13/209) hervor. Der Abgeordnete fragte auch nach Auswirkungen eines neuen Urteils des Bundesverfassungsgerichts auf die 1994 verkündete „sofortige Umsetzung des Abstufungskonzepts für autobahnparallele Bundesstraßen“. Das NRW-Verkehrsministerium antwortete, bei den weiteren Verhandlungen seien die Länder gleichberechtigt und nicht an Weisungen des Bundes gebunden.

gistik-Standort Dortmund entwickelt werden.

Der Trassensicherungsvertrag mit der Deutschen Bahn AG werde jetzt verlängert, um den Abbau von Strecken zu verhindern. Ein Schienengüterverkehrskonzept sei in Vorbereitung. Wegen der hohen Treibstoffpreise setze er sich für eine Kompensation zugunsten des Güterverkehrsgewerbes ein.

NRW brauche den Luftverkehr für seine internationalen Kontakte. Die Flugzeugindustrie dürfe nicht nachlassen bei der Entwicklung des Verbrauchs von weniger Kerosin und von leiseren Flugzeugen. Die NRW-Flughäfen müssten angesichts ihres Umfelds Rücksicht auf die Nachbarn, vor allem in der Nacht, nehmen. Vielleicht im November werde dem Verkehrsausschuss eine konsensfähige Fassung des Entwurfs für das Luftverkehrskonzept 2010 vorgelegt werden können. Der Flughafen Düsseldorf, dem er soeben eine erweiterte Betriebserlaubnis erteilt habe, wolle außerdem die Hauptstart- und Landebahn auf 3 600 und die Parallelbahn auf 3 000 Meter verlängern. Das Verfahren hänge entscheidend von der Klage der Stadt Ratingen zum „Angerland-Vergleich“ aus dem Jahre 1965 ab. Mit der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts sei im kommenden Jahr zu rechnen. Für die Flughäfen Münster/Osnabrück und Paderborn/Lippstadt hätten sich die Koalitionsfraktionen auf Nachtflugregelungen verständigt. In Köln/Bonn verlege eine Firma ihre lauten Flüge in die Tagesrandzeit. Eine Arbeitsgruppe Nachtflug habe einen Katalog von Lärminderungsmaßnahmen vorgelegt. Für eine nächtliche Kernruhezeit gebe es bisher keine Zustimmung des Bundesverkehrsministeriums.

Für die Bahnmesse rail#tec 2001 im November nächsten Jahres in Dortmund liefen die Vorbereitungen. Ganz neu sei die Kombination von Linearantrieb mit Schieneninfrastruktur, Magnetkupplungen und Computersteuerung im Projekt Neue Bahntechnik Paderborn. Mit dem Prüfcenter Wildenrath verfüge NRW über ein bundesweit einmaliges Kompetenzzentrum für die Bahntechnik. Mit Hilfe des Landes werde ein Hybridfahrzeug entwickelt, das elektrifizierte Stadtbahnnetze mit nicht-elektrifizierten regionalen Bahnstrecken verbinden könne. Das Fahrzeug könne in der Stadt elektrisch und im Umland dieselbetrieben fahren.

Auf und Ab im Bahnverkehr

Zu Auswirkungen der aktuellen Bahndiskussion auf den Fernverkehr in NRW berichteten im Verkehrsausschuss am 21. September Dipl.-Ing. Karl-Dietrich Reemtsema (Vorstand Produktion der DB Reise&Touristik AG) und Ingulf Leuschel, Leiter Fahrplan und Sprecher der Arbeitsgruppe „Marktorientiertes Angebot im Personenverkehr“ der DB Reise&Touristik AG.

Reemtsema äußerte sich sehr zufrieden mit dem Schienenfernverkehr in NRW. Die IC-/EC-Anbindung sei super. Absolut größte Akzeptanz genieße der Metropolitan nach Hamburg, er habe regelrechte „Fans“, sei jedoch wirtschaftlich ein Misserfolg und noch nicht ausgereift. Auf Preiserhöhungen angesichts der steigenden Ölpreise zu verzichten, sei ein mutiger Schritt der Bahn. Die DBAG werde es aber schaffen, den Fernverkehr wirtschaftlich zu betreiben. Einige Interregio-Linien seien so wenig ausgelastet, dass die Verluste nicht kompensiert werden könnten. Bei den Interregio-Verbindungen „Mitte-Deutschland“ (Aachen—Chemnitz),

Siegen—Düsseldorf—Frankfurt und Trier—Cuxhaven seien Änderungen zu erwarten. Teils würden Verbindungen eingestellt, teils ausgedünnt.

Aus den Reihen der Abgeordneten kamen zahlreiche Einzelfragen und auch Unmutsäußerungen über die Streichungspläne. Ein klares Konzept sei nicht erkennbar. Verkehrspolitiker, Kunden und Kommunen seien irritiert. Verkehrsminister Schwanhold machte deutlich, dass er in Verhandlungen mit dem Bahn-Vorstand auf deutliche Zugeständnisse für den „Großkunden“ NRW dringen wolle.

In seinem Bericht über die verkehrspolitischen Vorhaben der 13. Wahlperiode hatte er zahlreiche Probleme der Bahn angesprochen, die jedoch in erster Linie auf Bundesebene zu behandeln seien. Als Fortschritte in NRW hatte er aufgezeigt: Durch den Integralen Taktfahrplan seien die Bahnleistungen auf 85 Millionen Zugkilometer angestiegen. Die Züge seien sicherer und sauberer geworden. Viele Bahnhöfe hätten neuen Glanz. Die Flughäfen Düsseldorf und Köln würden an das Bahnnetz angebunden. Die Tarifstruktur werde übersichtlicher. Es gebe viele neue Fahrzeuge. Das Jahrhundertprojekt der ICE-Neubaustrecke Köln—Frankfurt nehme Gestalt an. Mit dem Metrorapid wolle NRW noch einen großen Schritt gehen. Die schnelle, pünktliche, leise und stadtverträgliche Magnetschwebetechnik sei für den größten deutschen Ballungsraum mit zehn Millionen Einwohnern besonders geeignet. Der Bund werde im Oktober entscheiden.

Medienkompetenz zunehmend im Blick

Zu seiner ersten Arbeitssitzung ist der neu eingesetzte Medienausschuss am 22. September unter Leitung von Claudia Nell-Paul (SPD) in der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR) im Zollhof am Düsseldorfer Hafen zusammengetreten.

Der Direktor der LfR, Dr. Norbert Schneider, und der Vorsitzende der Rundfunkkommission, Wolfgang Hahn-Cremer, skizzierten die Organisationsstruktur und Aufgaben der LfR. Sie verfüge über ein Budget von rund 25 Millionen DM. Grundlage der Sacharbeit sind das Landesrundfunkgesetz (LRG), der vor der Konsolidierung stehende 5. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und das einschlägige EU-Recht. Direktor Schneider wies darauf hin, dass sich die Medienpolitik infolge der Digitalisierung zunehmend zur Bildungspolitik mit dem zentralen Feld Medienkompetenz verändere. Wolfgang Hahn-Cremer konstatierte zum Lokalfunk in NRW, er habe sich trotz schwieriger Voraussetzungen — Frequenzen, öffentlich-rechtliche Konkurrenz — etabliert. Die LfR unterstütze die Anhebung der Programmqualität sowie die Verbesserung der Frequenzversorgung. In diesem Zusammenhang erinnerte er an den „Hörfunkpakt“ mit dem WDR, wonach in einigen Verbreitungsgebieten versucht wird, vorhandene Frequenzlücken zu decken. Hahn-Cremer regte ein Gesamtkonzept zur Förderung der offenen Kanäle in Hörfunk und Fernsehen an.

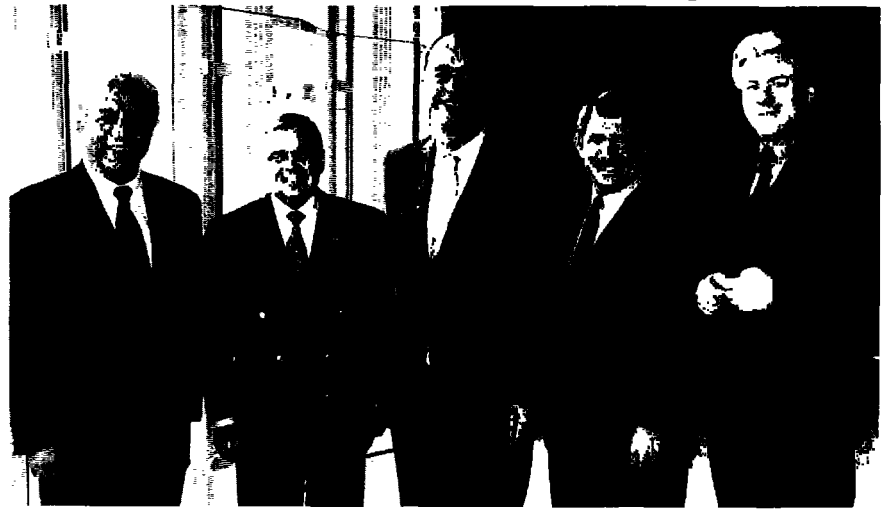
Die Vorsitzende Claudia Nell-Paul (SPD) betonte den Stellenwert der Landesanstalt für Rundfunk (LfR) für die Medienpolitik in NRW und sagte eine enge Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Novellierung des Landesrundfunkgesetzes (LRG) zu. Alle Fraktionen stimmten darin überein, die Erfahrungen und die Kompetenz der LfR in die Gesetzesberatungen einbeziehen zu wollen.

Marc Jan Eumann (SPD) kündigte an, die Regierungsfractionen wollten private, regionale Rundfunkprogramme ermöglichen (Hörfunk und Fernsehen). Die Verabschiedung des Landesrundfunkgesetzes sei im Oktober 2001 vorgesehen. Eumann bestätigte, die Vermittlung von Medienkompetenz sei eine zentrale Aufgabe der Medienpolitik, bei der auch das LfR wichtige Beiträge geleistet habe und leisten könne.

Dr. Stefan Matthias Grüll (FDP) plädierte dafür, mit der Novelle des LRG dem „Regulierungswahn“ ein Ende zu bereiten und darauf hinzuwirken, die eventuell frei werdenden Frequenzen auch dem Lokalfunk zugute kommen zu lassen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) kritisierte, es sei nicht damit getan, einige Frequenzen für Ballungsraumprogramme zur Stärkung des Lokalfunks zu schaffen. Er regte ein landesweites zweites Rahmenprogramm zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Lokalfunks an. Es sei eine zügige Novellierung des Landesrundfunkgesetzes erforderlich, um Wettbewerbsvorteile des WDR zu vermeiden. Die Vorsitzende rief zum Ende der Sitzung die Mitglieder des Medienausschusses des Landtags zu einer konstruktiven Zusammenarbeit auf, um den Herausforderungen — auch der neuen Medien — gerecht zu werden.

„Dank für geleistete großartige Hilfe“



In Anwesenheit von Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat die konstituierende Sitzung der deutsch-palästinensischen Parlamentariergruppe stattgefunden. Vorsitzender ist Landtagsvizepräsident Laurenz Meyer; die Geschäftsführung obliegt dem Leiter des Präsidialbüros, Dietmar Stark. Der stellvertretende Leiter der Palästinensischen Generaldelegation in der Bundesrepublik Deutschland, Mahmud Alaeddin, nahm an der Sitzung am 28. September teil und dankte bei dieser Gelegenheit ausdrücklich für die Zusammenarbeit und die geleistete großartige Hilfe, mit der Landtag und Landesregierung zur demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung seines Landes beitragen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt erwähnte die vielfältigen Kontakte und gegenseitigen Besuche, die seit 1997, dem Jahr der Gründung der Parlamentariergruppe, zwischen Landtag und Palästinensern stattgefunden haben. Der nordrhein-westfälische Landtag sei das einzige Landesparlament, das mit einem eigenen

Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe (v.l.): Mahmud Alaeddin von der Palästinensischen Generaldelegation, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Vizepräsident Laurenz Meyer, Geschäftsführer der deutsch-palästinensischen Parlamentariergruppe Dietmar Stark und Landtagsdirektor Peter Jeromin. Foto: Schälte

Haushaltsansatz soziale Projekte in Palästina, wie etwa ein Frauenzentrum in einem Flüchtlingslager, unterstütze. Das diene dazu, den Friedensprozess in diesem Teil der Welt fortzuentwickeln und zur Völkerverständigung beizutragen.

Landtagsvizepräsident Laurenz Meyer kündigte an, Hilfe und menschliche Kontakte würden fortgesetzt. Mit Blick auf die Geschichte des Landes könne er sich vorstellen, dass NRW zur Lösung des Flüchtlingsproblems einen Beitrag leisten kann. Beim strittigen Wasserproblem seien die entsprechenden Unternehmen im Lande in der Lage, technisch und organisatorisch bei der Bewältigung mitzuwirken.

FDP-Sprecher fordert im Ausschuss für jeden Kindergarten einen Computer

Unter Leitung von Annegret Krauskopf (SPD) hat der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie den Bericht von Ministerin Birgit Fischer (SPD) zu den Schwerpunkten der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der 13. Wahlperiode entgegengenommen.

Nach der Ministerin prägen die differenzierte und breite Infrastruktur an Einrichtungen und Maßnahmen sowie auch das Engagement der freien Träger den Alltag der Kinder- und Jugendhilfe. Mit ihrer pädagogischen Kompetenz leisteten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Erziehung und Bildung junger Menschen und für die Förderung und Unterstützung der Familien. Vordringliche Bemühung sei es, neue Orientierungen zu schaffen, präventive Ansätze zu stärken, eine aktivierende Arbeit im Sinne von Partizipation auszubauen und die Angebotsstruktur zu stärken, sie vielfältig und flexibel zu gestalten. Aufbauend auf den Erfahrungen aus der Praxis, solle an der Ver-

besserung der Rahmenbedingungen für die Erziehung, Bildung und Förderung von jungen Menschen und Familien gearbeitet werden.

Die Ministerin formulierte folgende Schwerpunkte in der Kinder- und Jugendpolitik:

- Stärkung des Bildungsauftrags der Kinder- und Jugendförderung.
- „Wissen“ sei weiterhin der entscheidende Zugang zur gesellschaftlichen Chancengleichheit. Die besondere Chance der Jugendarbeit sei dabei, dass sie sich außerhalb von formalisierten Bildungsprozessen bewege. Auf der Grundlage des Landesjugendplans werde daher eine Initiative „Jugend in der Wissensgesellschaft“ gestartet.
- Verbesserung der Medienkompetenz.
- verstärkte Aktivitäten im Übergang von Schule in den Beruf.
- Abbau von Benachteiligungen, um gleiche Startchancen zu schaffen.

(Fortsetzung Seite 14)

Leser: Lob und Verbesserungsvorschläge

Knapp 1 800 Leserinnen und Leser haben sich an der anonym gehaltenen Umfrage beteiligt, die „Landtag intern“ veranstaltet hat. Dafür, dass sie sich die Mühe gemacht haben, den Fragebogen auszufüllen und zurückzuschicken, auf diesem Weg ein herzliches Dankeschön. Die statistische Auswertung der Befragung folgt und wird in einem der nächsten Hefte vorgestellt; heute vorab eine Zusammenfassung dessen, was den Leserinnen und Lesern – teilweise mit voller Namensnennung – zur Verbesserung der Parlamentszeitschrift, formal oder inhaltlich, an ernsthaft gemeinten Vorschlägen eingefallen ist.

Natürlich spielte hin und wieder auch Humor eine Rolle. Einer war ganz gewitzt: Auf dem Höhepunkt der Flugaffäre sandte er den Fragebogen unfrei an die Redaktion zurück mit dem handschriftlichen Vermerk „Gebühr bezahlt die WestLB“ – hat sie nicht, für den Landtag wurden 2,10 DM „Strafporto“ fällig. Manche vermissten den häufigeren Abdruck von Karikaturen, ein anderer Leser war der Meinung, das ernsthafte Parlamentsgeschehen sollte durch eine Seite „Humor rund um den Landtag“ aufgelockert werden. Dass daran schon von der Redaktion gearbeitet wird, ist einem anderen aufgefallen: „Die Spielberichte des FC Landtag sind gewiss nicht wichtig, aber stets vergnüglich zu lesen. Sprachlich hervorragend“, urteilte ein Beamter der öffentlichen Verwaltung.

Auch sonst gab es Lob, viele bedenkenwerte Anregungen und manche Kritik. Praktisch seit Bestehen von „Landtag intern“ muss die Redaktion mit dem Vorhalt leben, ihr journalistisches Produkt sei trocken, zu langweilig, grafisch wenig attraktiv („Blei-

wüste“) und nicht modern genug. Die einen stoßen sich an zu vielen Bildern, den anderen sind es für die Auflockerung des Inhalts zu wenige. Gewiss, den meisten Lesern ist bewusst, mit Berichten aus dem Parlament, mit Darstellungen der unterschiedlichen Standpunkte der Fraktionen lässt sich kein Boulevardblatt machen. Die Bemühungen, flottes zu werden in Form und vielleicht auch Diktion, stoßen aber rasch an ihre Grenzen. Zum einen soll die Form den Inhalt nicht bestimmen, zum anderen ist der Anspruch von „Landtag intern“, nahezu vollständig aus den Plenardebatten und Überblick schaffend aus dem Ausschussgeschehen zu berichten, mit einer solchen Stofffülle verbunden, dass dem Einstreuen auflockernder Elemente enge Grenzen gezogen sind. Nichts desto trotz: Es wird daran gearbeitet. Was ist davon zu halten, beschlossene Gesetze abzudrucken, Geschäftsverteilungspläne der Landesministerien zu veröffentlichen, Dokumente, Quellen und zum Thema weiterführende Adressen anzufügen, wie es manche der Antworten nahe legten?

Hier setzt einmal die Gewaltenteilung Grenzen: „Landtag intern“ ist die Zeitschrift des Parlaments und nicht der Regierung, sie kann sich auch nicht als Dokumentationsorgan eines komplexen Geschehens begreifen. Die Registriernummern parlamentarischer Drucksachen werden nach Möglichkeit immer angegeben, damit sie bei Interesse über die Drucksachenstelle des Landtags anzufordern sind, dort stehen auch im Rahmen der Archivordnung Sitzungsprotokolle zur Verfügung. Und wieder muss unter Hinweis auf die große Stofffülle darauf aufmerksam gemacht werden: der Anspruch der Objektivität und die Erfordernis parteipolitischer Neutralität – beides eherne Prinzipien der Redaktionsarbeit – verbieten Themen und Gegenstände auszuwählen, über die berichtet wird.

Wie immer, wenn viele Menschen ihre Meinung sagen, ergibt sich ein buntes Kaleidoskop der Meinungen. Mehr Themen aus Schule und Bildung, mehr Materialien zur Verwaltungsreform, mehr zur Ausländerpolitik und zum Extremismus, mehr historische Beiträge, mehr Kommunalpolitik, mehr Frauenpolitik, mehr Parlamentsrecht, mehr Justizpolitik – je nach persönlicher Interessenlage wechseln die Schwerpunkte, die „Landtag intern“ (zu wessen Lasten?) setzen sollte. Ein Defizit ist offenbar auch in der Wirtschaftspolitik zu diagnostizieren: „Ein Herz für Unternehmer öffnen, schließlich sind sie es, die den Karren ziehen“, regte ein selbständiger Kaufmann an.

So geht es weiter. Die einen halten Bilder im Blatt für verzichtbar, anderen sind es nicht genug Abbildungen, Tabellen und Statistiken. Der eine glaubt, in „Landtag intern“ ein Public-Relations-Organ des Ministerpräsidenten zu erkennen, der andere rät, „Landtag intern“ sollte seinen „Hang zur Linkslastigkeit“ ablegen. Andere empfinden das anders: Die für die Parlamentszeitschrift eingesetzten Steuermittel seien sinnvoll verwendet, findet ein Beamter aus dem Bildungsbereich. Ein Freiberufler sagt: „Ich bin mit der Information des Inhalts sehr zufrieden.“ Ein Rentner schlägt sich in die Bresche: „So bleiben wie bisher: Kurz und klar.“ „Landtag intern ist das einzige Info über den Landtag, da Zeitung und Fernsehen sehr wenig informieren“, teilt ein Angestellter aus der Wirtschaft auf seinem Fragebogen mit. Ein Lehrer aus dem rheinischen Landesteil meint knapp: „Wigger esu“ (für Nicht-Rheinländer übersetzt, lautet das sinngemäß „Weiter so“).

Auffallend häufig kam der Wunsch zum Ausdruck, im Vorfeld von Plenarsitzungen und wichtigen Ausschusssitzungen über Termin und Themen informiert zu werden. Ein anderer beklagter Mangel ist in vielen Augen der zu seltene Abdruck von Leserbriefen. Das eine versucht die Redaktion nach Kräften (und Platzverhältnissen) zu bewerkstelligen; hier sei der Hinweis auf das Internet gestattet, das wichtige Parlamentstermine nennt (www.landtag.nrw.de) und in dem auch die aktuellen und vorliegenden Ausgaben von „Landtag intern“ nachzulesen sind. Zu den Leserbriefen sei angemerkt, dass sie veröffentlicht werden, wenn sie sachlich, kurz und unter Bezug auf eine Veröffentlichung von „Landtag intern“ geschrieben sind und die Absenderangabe nicht verschweigen (anonyme Zuschriften sind zwecklos). Aber sie müssen schon von den Leserinnen und Lesern geschrieben und an die Redaktion, auf welchem Weg auch immer, geschickt werden. J. K.

Kindergarten...

(Fortsetzung von Seite 13)

- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements,
- Fortschreibung des Landesjugendplans,
- Verbesserung der geschlechtsspezifischen Arbeit,
- Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Stärkung der gesellschaftlichen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der Ganztagsangebote für Schulkinder,
- Neugestaltung und Sicherung der Kindergärten unter den Aspekten Erziehung, Bildung und Betreuung.

In der Familienpolitik steht nach Darstellung der Ministerin im Mittelpunkt:

- Qualifizierung der Tätigkeit der Beratungseinrichtungen,
- Stärkung der Familienselbsthilfe,
- Stabilisierung der Familienhilfe durch ihre fachliche Weiterentwicklung sowie verstärkte Maßnahmen im Bereich der Prävention,
- Abbau von bestehende Diskriminierungen gegen Schwule und Lesben,
- Sicherung und den Ausbau der Schwangerschaftskonfliktberatung.

Die Sprecher der Fraktionen bewerteten die Ankündigung der Ministerin, neue beziehungsweise zusätzliche Kindergartenplätze zu schaffen, positiv. Der Sprecher der CDU Fraktion, Thomas Mahlberg, mahnte an, bei den Vertreterinnen und Vertretern in der Haushalts- und Finanzpolitik müsse noch mehr Überzeugungsarbeit für größere Investitionen für den Kinder- und Jugendetat geleistet werden. Sonst befürchte er, dass unter Umständen an der einen oder anderen Stelle, etwa bei den Hortplätzen, mehr

Geld als in der Vergangenheit ausgegeben werden müsse.

Ute Koczy von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte die Politik auf, die „Landschaft“ unter den Gesichtspunkten Bildung, Betreuung und Beziehung qualitativ voranzubringen. Besondere Schwerpunkte lege ihre Fraktion dabei auf die Bereiche Mädchenarbeit und Migrationspolitik. Christian Lindner (FDP) beurteilte den Hinweis auf „Haushaltsnotwendigkeiten“ und „finanziell eingeengte Spielräume“ als alarmierend und forderte die Ministerin auf, im Kabinett dafür zu sorgen, dass die jugendpolitischen Belange des Landes besser berücksichtigt würden. Zur Erziehung im Umgang mit den neuen Medien bzw. zur Verbesserung der Medienkompetenz in der Primärpädagogik forderte er im Zuge von Private-Public-Partnership die Installierung eines PC in jedem Kindergarten. Gute Ansätze sehe er im Bereich des Landesjugendplans im Zusammenhang mit dem Wirksamkeitsdialog. Wichtig sei es, auch die Förderung von kurzfristig aggregierten Gruppen und Projekten zielgenau, flexibel und schnell über die bisherigen Instrumentarien sicherzustellen.

Bernd Flessenkemper (SPD) betonte, dass der nordrhein-westfälische Landesjugendplan im Ländervergleich bundesweit ein beispiellos erfolgreiches Instrument sei, auf dem man erfolgreich weiter aufbauen könne. Er unterstrich, dass nicht nur der Ausbau der Kindertagesstätten vorangetrieben wurde, sondern vor allem auch neben dem Hort Betreuungsangebote wie „S i T“ (Schülergruppen in Tageseinrichtungen) und an den Schulen Angebote unter dem Stichwort „Dreizehnplus“ entwickelt worden seien. Der Ausbau und die Sicherung dieses modularen Bausteinsystems müsse unterstützt werden. Astrid Hopstein-Menn

Paul Spiegel: Für uns Juden ist Israel eine Lebensversicherung

Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, äußerte bei der konstituierenden Sitzung der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe am 27. September die Hoffnung, dass es in naher Zukunft zu einer Verständigung zwischen dem israelischen und palästinensischen Volk kommen möge. Zum Vorsitzenden der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe in der 13. Legislaturperiode wurde wieder Landtagspräsident Ulrich Schmidt gewählt. Geschäftsführer ist Landtagsdirektor Peter Jeromin.

Paul Spiegel betonte, auch die deutsch-israelische Parlamentariergruppe in diesem Hause leiste einen Beitrag zum Friedensprozess. Spiegel betonte, er sei nicht hier als Israeli, der sei er nicht. Er sei deutscher Staatsbürger. Dennoch liege ihm das Geschehen in und um Israel am Herzen. Spiegel wörtlich: „Für uns Juden ist Israel eine Lebensversicherung.“ Die Identifizierung mit Israel sei für Juden selbstverständlich. Das heiße nicht, dass man den einzelnen Regierungen kritiklos gegenüberstehe. Er erinnerte daran, man habe mit der vorigen Regierung schon Schwierigkeiten gehabt. Paul Spiegel bekräftigte: „Der Friedensprozess ist im Gange. Wenn er auch schneller gehen könnte.“ Das Problem seien nicht die Palästinenser, das Problem sei Jerusalem. Spiegel erläuterte ferner, solange das palästinensische Volk in Problemen sitze, sei das Interesse am Frieden sekundär. Es müsse dem palästinensischen Volk geholfen werden, es müsse eine Infrastruktur hergestellt werden. Es müsse so geholfen werden, dass die Menschen dort nicht Menschen zweiter Klasse seien. Es gebe zum Friedensprogramm in Israel keine Alternative. In einem Rückblick merkte Paul Spiegel an, es sage sich so leicht daher, dass Deutschland nach den USA heute der zweitwichtigste Partner Israels sei. „Das hätte man bei der Staatsgründung nicht für möglich gehalten.“



Bei der konstituierenden Sitzung: v. l. der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, Landtagspräsident Ulrich Schmidt und Landtagsdirektor Peter Jeromin. Foto: Schälte

Mit Blick auf NRW ergänzte er, diese parlamentarische Gruppe habe einen Teil dazu beigetragen.

Der Präsident des Zentralrates äußerte sich ferner zum Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Er forderte, um das Problem in den Griff zu bekommen, mehr Nachhaltigkeit im schulischen, rechtlichen und politischen Bereich. Man müsse mehr nach den Ursachen forschen. Ein Teil liege im schulischen Bereich, wo es offensichtlich nicht gelinge, das Thema Drittes Reich „in der Form rüberzubringen, dass es Jugendliche interessiert“.

Man müsse den Lehrern helfen, auf dieses Thema einzugehen. Spiegel bat ferner darum, Gelder für den deutsch-israelischen Jugendaustausch zur Verfügung zu stellen. Junge Israelis müssten sehen, wenn Skinheads durchs Brandenburger Tor marschierten, dass das nicht Deutschland sei. Eindringlich ermahnte er die Politiker: „Sorgen Sie dafür, dass der Jugendarbeit in Deutschland nicht die Mittel entzogen wer-

den.“ Paul Spiegel wünschte der Parlamentariergruppe „jeden Erfolg“.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt erklärte u. a., er habe Paul Spiegel auch aufgrund der aktuellen Situation der zunehmenden Gewalt, insbesondere auch der rechtsextremistischen und antisemitischen Gewalt, die man im Augenblick in Deutschland zu verzeichnen habe, zu der Sitzung gebeten. Er gehöre zu den Mitbegründern des Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage und gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Der Präsident fuhr fort, man erlebe gerade in diesen Tagen eine Zunahme der Gewalt an vielen Stellen im Land, aber man dürfe nicht vergessen, seit Beginn der 90er-Jahre bis hin zum heutigen Tag habe es auch Hunderte von Verwüstungen jüdischer Friedhöfe und Gräber, auch noch in letzter Zeit Schändungen von Synagogen gegeben, „die eben nicht so im Rampenlicht standen“. Er wisse aus vielen Gesprächen, dass Paul Spiegel schon seit vielen Jahren gerade auf diese schlimme antisemitische Entwicklung hinweise.



Gäste aus Königsberg und Ghana im Landtag empfangen

Die „Königsberger Grillen“ haben den nordrhein-westfälischen Landtag besucht. Die russische Gruppe von jungen Halbwaisen und Waisen unter der musikalischen Leitung von Nina Tschernjawschaja (im linken Bild in der Mitte) brachte auf Einladung der CDU-Abgeordneten Jutta Appelt (hinten, 3. v. r.) dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie im Beisein der Jugendministerin Birgit Fischer (SPD, 2. v. r.) sowie der Ausschussvorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD, r.) eine Auswahl ihres gesanglichen Könnens. — Eine parlamentarische Delegation aus Ghana unter der Leitung des stellvertretenden Parlamentspräsidenten Kenneth Dzirasah (im rechten Bild rechts) hat dem Landesparlament einen Besuch abgestattet und ist von Landtagsvizepräsident Jan Söffing (l.) und dem Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses, Volkmar Klein (CDU, 2. v. l.) empfangen worden. Der Deutschland-Besuch der afrikanischen Politiker war von der Konrad-Adenauer-Stiftung initiiert worden. In seiner Ansprache verwies Jan Söffing darauf, die Republik Ghana werde heute in sämtlichen Publikationen als ein Land im Aufbruch bezeichnet, wirtschaftlich wie politisch. Der politische Reformprozess sei in vollem Gange. Strikte Haushaltsdisziplin und Inflationsbekämpfung, Anreize für Auslandskapital und umfangreiche Privatisierungen staatlicher Unternehmen seien die Eckpunkte der mittelfristigen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Ghana. Fotos: Valentin/Schälte

In Wesseling, Monheim, Gladbeck und Kirchhellen glaubten viele wieder an den Nikolaus

1975 jubelte die Bevölkerung über eine Entscheidung des Verfassungsgerichts zur kommunalen Neugliederung

Am 6. Dezember 1975 entschied der Verfassungsgerichtshof in Münster, dass die Neugliederung in den drei Fällen Wesseling, Monheim und Gladbeck/Kirchhellen umgehend rückgängig zu machen sei. Die Städte, die gegen ihren Widerstand eingemeindet worden waren, erhielten ihre Selbstständigkeit zurück.

Keine Reform hat eine solche Welle von bürgerlichen Protesten ausgelöst, wie die kommunale Gebietsreform zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.

Vor 25 Jahren wurde die territoriale Neugliederung in Nordrhein-Westfalen vollendet. Durch 60 Neugliederungsgesetze, die in der Zeit von 1968 bis 1970 und von 1970 bis 1975 verabschiedet wurden, wurde im Laufe von sieben Jahren die territoriale Gebietsreform verwirklicht. Das Ergebnis war eine erhebliche Reduzierung der Zahl der Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen: Die 2327 kreisangehörigen Gemeinden wurden auf 373 reduziert, die Zahl der Kreise von 57 auf 31 fast halbiert und von den 38 kreisfreien Städten blieben nur noch 23 übrig. Nur 11 Gemeinden und kein Kreis überstanden die Reform ohne Änderungen ihrer Grenzen. Es war das erklärte Ziel dieser Reformen, ein ausgewogenes Verhältnis von Fläche und Einwohnerzahl zu erreichen, um neben verbesserten Verwaltungsleistungen und einer Stärkung der Selbstverwaltung auch wirtschaftliche Wachstumsimpulse zu setzen sowie die private und öffentliche Daseinsvorsorge auszubauen. Die abschließenden Gesetze traten am 01. Januar 1975 in Kraft.

Die kommunale Gebietsreform entpuppte sich jedoch als ein ungewöhnlich hartes Stück administrativer und parlamentarisch-politischer Arbeit und sah sich harten Kämpfen ausgesetzt: Proteste innerhalb der städtischen Gremien, der politischen Parteien am Ort und innerhalb der Bürgerschaft. In heftigen Debatten wurde im Landtag über die einzelnen Neugliederungsgesetze diskutiert und Vertreter der betroffenen Städte und Gemeinden brachten ihre Vorstellungen und Forderungen zum Ausdruck. Der Abschied von altvertrauten kommunalen Größenvorstellungen wurde von vielen nicht so leicht hingenommen. „Hände weg von Gladbeck“, „Glabotki is nich“ oder „Ich bin für CAS“ — das waren die Rufe aus der Bevölkerung gegen die kommunale Neugliederung. Es herrschte Bürgerwut in ganz Nordrhein-Westfalen, besonders in vielen Revierstädten. Der Kampf gegen die Neugliederungspläne entwickelte sich zu einem gut organisierten Protest, neben dem auch informelle und spontane Aktionen existierten. Im September 1973 wurde die Bürgerinitiative „Aktion Bürgerwille“ in Watten-scheid gegründet, wo auch eine Eingemeindung drohte. Diese Aktion setzte sich das Ziel, ein Volksbegehren gegen die Neugliederungsgesetze zustande zu bringen. Die Bevölkerung machte mobil gegen die kommunale Neugliederung. Diese war somit nicht nur eine Sache der Politiker, sondern

beschäftigte auch die Bewohner der einzelnen Gemeinden und Städte. Sie gingen auf die Barrikaden, weil sie ihre Heimatstädte wie eine Festung verteidigen wollten. Zunächst schien jedoch jeder Protest vergebens, denn das Volksbegehren scheiter-

Blick in die Landesgeschichte

te, da die notwendige Stimmenanzahl nicht erreicht wurde. Nur sechs Prozent der Wahlberechtigten unterzeichneten das Begehren, womit das 20 Prozent Quorum deutlich verfehlt wurde. Die kommunale Neugliederung schien unabwendbar und wurde am 27. September 1974 im Düsseldorf Landtag mit dem Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Sauerland-Paderborn abgeschlossen.

Doch der 06. Dezember 1975 markierte einen Teilerfolg der Proteste gegen das politische Erreichte. Vor 25 Jahren hatten von den 100 Verfassungsbeschwerden, die von beteiligten Städten, Gemeinden und Kreisen erhoben wurden, drei Erfolg. An diesem Nikolaustag entschied der Verfassungsgerichtshof in den drei Fällen Wesseling, Monheim und Gladbeck/Kirchhellen, dass die dort vorgenommenen kommunalen Neugliederungen mit der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht vereinbar seien und forderte den Landtag auf, neue gesetzliche Regelungen zu finden. Die bezweckten Vorteile, die diesen Städten und Gemeinden nach Ansicht der Landesregie-

rung durch die Eingemeindung erlangen sollten, wurden von den Richtern des Verfassungsgerichtshofs nicht gesehen. In ihren Augen konnten die mit einer Eingemeindung möglichen Vorteile nicht die durch Verlust der Selbstständigkeit eintretenden Nachteile aufwiegen. Das Mittel der Eingemeindung erwies sich außerdem in bestimmten Fällen als nicht zwingend notwendig. Die Städte Wesseling, Monheim, Gladbeck und Kirchhellen erhielten ihre Selbstständigkeit zurück. Die Bewohner von Gladbeck und Kirchhellen feierten tagelang. Siegesfeiern und Fackelzüge brachten die Freude der Bürger über das Gerichtsurteil zum Ausdruck. Die Urteile gingen als „Nikolaus-Urteile“ in die Geschichte ein und ließ viele wieder an den Nikolaus glauben. Die im Jahr 1976 beschlossenen Reparaturgesetze sicherten endgültig das kommunale Selbstverwaltungsrecht dieser Städte. Neben diesen Städten erhielten auch Heimbach und Meerbusch durch Gerichtsurteile des Verfassungsgerichtshofs ihre Selbstständigkeit zurück.

Die durchgeführte und dann wieder zurückgenommene Zusammenlegung der Städte Bottrop, Gladbeck und Kirchhellen wurde sogar bundesweit unter dem Schlagwort „Glabotki“ bekannt. Die kommunale Neugliederung hatte jedoch viele positive Effekte für die weitere Entwicklung des Landes und seiner Städte, Gemeinden und Kreise. Es war ein historischer Modernisierungsschub, der vor allem dem ländlichen Raum half. Auch wenn das Verbundenheitsgefühl der Bürger mit ihrer neuen Gemeinde nicht so einfach herzustellen war, erwies sich die kommunale Neugliederung als ein Reformkonzept, das eine zukunftsbezogene und moderne Gemeinde- und Kreisgliederung verwirklichte.

Betina Pysk



Eine Delegation des Ministeriums für Jugend und Sport in Palästina, die sich auf Einladung der Deutschen Beamtenbund-Jugend zwei Wochen in Nordrhein-Westfalen aufgehalten hat, stattete dem Landtag einen Besuch ab. Der Aufenthalt im Land NRW erfolgte im Rahmen des Projekts „Neue Brücken bauen“ des Landesministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit. Die Delegation unter der Leitung von Kamal Radi (2. v. l.) führte auch ein Gespräch mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt (3. v. r.) sowie seinem persönlichen Referenten, Dietmar Stark (4. v. r.). Die Gäste aus Palästina interessierten sich besonders für Strukturen der Jugendorganisationen sowie die Organisation von Jugendinstitutionen.

Foto: Leuschner

Literatur

In Palästina hat Wasser manchmal den Wert von Gold

Professor Heiner Schmitz' brillanter Fotoband mit Bildern aus dem Nahen Osten

Es geht um Wasser in Heiner Schmitz' Buch mit dem Titel „Palästina — wo die Wüste das Wasser verschlingt“, ein Bilder-Kompendium seiner vier Reisen in den Jahren 1997 bis 2000 nach Israel, Jordanien und in die palästinensischen Gebiete. Für den gut versorgten Westeuropäer, für den der Strom aus der Steckdose und das Wasser aus dem Hahn kommt, eigentlich kein Thema. Im Nahen Osten aber kann Wasser buchstäblich Gold wert sein. Der Wolkenbruch in Gaza am ersten Tag seiner ersten Reise bestätigt als Ausnahme da nur die Regel.

Heiner Schmitz, beheimatet in Mülheim an der Ruhr und Professor für Fotografie an der Fachhochschule Dortmund, hatte durch ein Praxisfreisemester die Gelegenheit, sich mit einem fotografischen Thema seiner Wahl auseinanderzusetzen. Bei der Suche gab ein schlichter Zeitungsartikel dann den Anstoß. Die Situation der Wasserversorgung im Gazastreifen und der Westbank war wieder einmal kritisch. Heiner Schmitz interessierte weniger die politische Dimension, deren Tragweite er sich allerdings durchaus bewusst war. Er wollte sich eher von seinem Metier her, demnach als Fotograf, der Wechselbeziehung von Trockenheit und Wasservorrat nähern und die Situation der in diese problematische Region mit streckenweise Wüstenklima eingebundenen Menschen bildlich und mit Worten schildern, aber auch ihrer Würde Ausdruck geben. Schmitz hat dazu ein Tagebuch geschrieben und seine persönlichen Erfahrungen festgehalten. Auszüge werden im ersten Teil des Buches zitiert, der zudem mit vielen eindrucksvollen Fotos Vorhandensein und Verwendung des lebensnotwendigen Rohstoffs Wasser in den nächstlichen Trockenzonen visuell beschreibt.

Der zweite Teil des Buches, ein reiner Bildteil, soll, wie der Autor es selbst formuliert hat, „über die Gegensätzlichkeit von Trockenheit und Wasservorkommen in den Landschaftsaufnahmen dieser Gebiete und von der Faszination berichten, die der Vordere Orient durch seine besondere geographische Gegebenheit ausübt“.

Traumhafte Landschaften

Das Druckwerk insgesamt ist querformatig. Ein solches Format erlaubt die Wiedergabe von Bildern, alle in Farbe, sozusagen in Breitwand. Wer sich dem Nahen Osten verbunden fühlt und Reisen dorthin unternommen hat, wird bei der Durchsicht dieses Konvoluts jene Archetypen der Einwohnerschaft wiedersehen, wie er sie selbst getroffen hat. In seiner Erinnerung werden auch jene traumhaften Landschaften wie das Wadi Rum oder die Ruinen von Petra, der ehemaligen Hauptstadt des Nabatäerreiches, in Jordanien, oder die karge, steppenähnliche Region nördlich des Sees Genezareth in Israel wieder Gestalt annehmen. Über Heiner Schmitz' Erlebnisse geben seine täglichen Notizen Auskunft, wobei sich die persönliche alltägliche Dramatik einer solchen Reise oft nur erahnen lässt. Obwohl



Wo sich Wasser findet, wird die Wüste gleich grün: Das Yarmouk-Tai bei Hammat Ghader in Jordanien.

Foto: Schmitz

sein Generalthema eigentlich nur auf geographische, ökonomische, auch ästhetische, allenfalls noch soziale Aspekte hinauslaufen sollte, wurde der Autor, wie könnte es in einer permanent krisengeschüttelten Region anders sein, auch mit den Auswirkungen der gespannten politischen Lage konfrontiert. Zudem verstanden die Behörden gerade beim Thema Wasser nicht immer Spaß. Aber es gab daneben freundschaftliche Begegnungen mit vielen Leuten in allen von ihm bereisten Landstrichen.

Bei seinen beiden letzten Reisen hat den Fotodesigner und Professor aus dem Ruhrgebiet seine Frau Ute begleitet. So hatte er Beistand, auch bei Kontakten mit offiziellen Stellen. Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie das Rheinisch-Westfälische Wasserwerk (RWW) mit seinem Geschäftsführer, dem früheren Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Gerd Müller, haben seine Reise unterstützt. Der damalige NRW-Landespolitiker und Abgeordnete Bodo Hombach stellte die Kontakte zum Generaldelegierten Palästinas in der Bundesrepublik, Abdallah Frangi, her. Verbindung zur UNWRA, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, in Gaza erhielt Schmitz durch die NRW-Staatskanzlei.

Das Ergebnis aller Bemühungen ist ein Fotobuch von beträchtlichem informati-

onen und ästhetischen Wert mit Bildern aus einer vermeintlich fernen Welt, die freilich in einem Zeitalter mit Trend zu den verschiedensten Globalisierungen nicht nur Naher Osten heißt, sondern naher Osten ist, in mittelbarer, zukünftig vielleicht sogar in unmittelbarer Nachbarschaft zu Europa.

Eckhard Hohlwein

(Heiner Schmitz, *Palästina — Wo die Wüste das Wasser verschlingt, Landschaften aus Israel, Palästina und Jordanien*, Michael Imhof Verlag, Petersberg 2000, 68,— DM)

Sitz der Bundeszentrale

Spekulationen in der Presse, die Bundeszentrale für politische Bildung würde von Bonn nach Berlin verlegt, hat die CDU-Abgeordneten Gerhard Lorth und Helmut Stahl zu einer Kleinen Anfrage veranlasst. Der Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, Harald Schartau (SPD) erklärt in seiner Antwort, dass der Landesregierung keine Informationen über einen geplanten Umzug der Bundeszentrale in den Berliner Raum vorlägen. Vom Reformkonzept des Bundesinnenministers sei Bonn als Sitz der Bundeszentrale nicht tangiert (Drs. 13/151).

SPD-Fraktion

Die Reformziele des Landes dürfen nicht gefährdet werden

Die von der Bundesregierung geplante Umwandlung der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale wird von der SPD-Landtagsfraktion begrüßt. Das sei ökologisch sinnvoll. Auch die soziale Abfederung der höheren Energiepreise durch eine Erhöhung der Pauschale von 70 auf 80 Pfennige werde grundsätzlich unterstützt. „Aber die damit verbundenen weiteren Einnahmeausfälle für das Land sind nicht mehr tragbar und müssen durch den Bund an anderer Stelle kompensiert werden“, teilte

Fraktionsvorsitzender Edgar Moron den einstimmigen Beschluss der SPD-Fraktion mit. Bedingt durch die Steuerreform, habe Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr Steuerausfälle in Höhe von 5,5 Milliarden Mark. Die Erhöhung der Entfernungspauschale führe nach Berechnungen des Landesfinanzministers zu weiteren Ausfällen in Höhe von 250 Millionen Mark jährlich. „Wir können das nicht mehr verkraften“, sagte Moron. Nordrhein-Westfalen stehe vor gewaltigen Aufgaben beim Ausbau der Ganztagsbetreuung, bei der Qualitätssicherung der schulischen Bildung und bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Alles das setze voraus, dass der Landeshaushalt politisch gestaltbar bleibe. unterstrich der Fraktionsvorsitzende.

Die Fraktion forderte die Landesregierung auf, die Interessen des Landes vehement gegenüber dem Bund zu vertreten. Es sei richtig gewesen,

dass die Landesregierung sofort erklärt habe, weitere Einnahmeausfälle durch die geplante Erhöhung der Entfernungspauschale nicht mehr zu tragen. „Dafür hat der Finanzminister die uneingeschränkte Unterstützung der Fraktion“, stellte Moron fest. Er gehe davon aus, dass der Bund die berechtigten Interessen der Länder respektiere und zu konsensorientierten Gesprächen bereit sei. Edgar Moron: „Unsere Reformziele für diese Legislaturperiode dürfen nicht durch weitere Einnahmeausfälle gefährdet werden.“

★

Generalstaatsanwälte sollen künftig Laufbahnbeamte und nicht mehr politische Beamte sein. Dazu muss das Landesbeamtengesetz geändert werden. Einen entsprechenden Antrag bereitet die SPD-Fraktion derzeit vor. Er soll, gemeinsam mit dem Koalitionspartner, nach den Herbstferien in den Landtag eingebracht werden.

CDU-Fraktion

Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum aufheben

Die Aufhebung der Zweckentfremdungsverordnung für Wohnraum forderte der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernd Schulte. Die Verordnung sieht vor, dass Eigentümer eine Ablöse zahlen müssen, wenn sie Wohnraum in Büro- oder Geschäftsräume umwandeln wollen. „Diese Verordnung ist nicht mehr zeitgemäß. Sie stammt aus dem Jahr 1995, als Wohnraum in Nordrhein-Westfalen knapp war. Inzwischen hat sich die Situation geändert. Allein zwischen 1994 und 2000 hat sich

der Wohnungsbestand um eine halbe Million Wohnungen erhöht“, so der CDU-Politiker. Dennoch sei Bauminister Vesper nicht bereit, das in 225 von 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden geltende Zweckentfremdungsverbot aufzuheben.

„Insbesondere Existenzgründer im Dienstleistungsbereich sind darauf angewiesen, ihren Betrieb in der eigenen Wohnung führen zu können. Wenn sie dafür wegen des Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum einen Ablösebetrag zahlen müssen, belastet dies ihr Unternehmen gerade in der Startphase sehr“, erklärte Schulte. Zudem müssten alle Wohnungseigentümer ein aufwendiges bürokratisches Verfahren durchlaufen.

Die CDU-Landtagsfraktion schlägt daher vor, die Zweckentfremdungsverordnung

aufzuheben. Zugleich sollen die Kommunen ermächtigt werden, durch Satzungen die Nutzung von Gebäuden in bestimmten Straßen und Stadtteilen zu Wohnzwecken zu sichern. Dadurch könnte ortsnah entschieden werden, ob bestimmte Gebäude weiterhin zu Wohnzwecken genutzt werden müssen oder ob andere Nutzungen ermöglicht werden. „Letztlich geht es uns um eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Minister Vesper traut den Städten und Gemeinden offensichtlich nicht zu, verantwortliche Wohnungspolitik zu machen. die CDU dagegen wohl“, so Schulte abschließend.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

FDP-Fraktion

Zeiträumen dringend für weitere forensische Kliniken erforderlich

Wenig konkret und enttäuschend nennt der FDP-Landtagsabgeordnete Karl Peter Brendel aus Marsberg die aktuelle Aussage der Landesregierung, die Entscheidung über weitere Standorte für forensische Kliniken in NRW werde in Kürze oder in sehr überschaubarer Zeit gefällt. Dies hatte die Landesregierung nach ihrem Besuch in der Klinik Eickelborn erklärt. Brendel forderte die Landesregierung auf, einen konkreten Zeitrahmen für den Bau weiterer Standorte zu benennen, auf den sich die Beteiligten verlässlich einstellen können.

Der Besuch des Landeskabinetts in Eickelborn habe dort große Erwartungen geweckt, erläuterte Brendel. Diese wurden aber erneut enttäuscht. Das Kabinett habe zwar einen Blick hinter die Kulissen der größten Maßregelvollzugs-klinik in Deutschland geworfen. Und verbal habe der Ministerpräsident erneut bestätigt, was die Fachleute und die FDP in den Landschaftsverbänden schon lange wissen: Wir brauchen dringend weitere Plätze, um Sicherheit und Therapie zu sichern. Konkrete Entscheidungen zur Standortfindung seien aber erneut lediglich angekündigt worden, kritisierte der FDP-Politiker. Während in Eickelborn auf Dauer nur 230 bis 250 Patienten untergebracht werden sollten, sind es zurzeit mehr als 360 Patienten, erklärte Brendel seine Kritik. 20 mögliche Standorte seien nach Angaben der Landesregierung für weitere Kliniken in der engeren Wahl. An „mög-

lichen Standorten“ kann aber niemand behandelt werden. Wir brauchen endlich gut ausgestattete und sichere Gebäude und Einrichtungen, forderte Brendel. Die zunehmende Zahl von Straftätern, die von den Gerichten in die forensische Psychiatrie eingewiesen und dort länger behandelt würden, mache den Ausbau der Einrichtungen dringend erforderlich. Dies muss auch an neuen Standorten in NRW geschehen. Die Behandlung kranker Straftäter in der Allgemeinpsychiatrie kann nicht länger hingenommen werden. Die Landesregierung müsse zügig ein Gesamtkonzept der forensisch-psychiatrischen Versorgung vorlegen und dabei auch die Neubaustandorte nennen. Bei allem Verständnis für die Akzeptanzbemühungen der Landesregierung und ihres Landesbeauftragten könne hier nicht mehr länger gewartet werden, erklärte Brendel.

DIE GRÜNEN-Fraktion

GRÜNE kritisieren Betriebsgenehmigung für Flughafen Düsseldorf

Positiv anzumerken ist, dass der Entschädigungsanspruch für die lärmbeeinträchtigten FlughafenbewohnerInnen in der Schutzzone erweitert wird und der Lärmgrenzwert für das Tagschutzgebiet von 65 dB(A) auf 62 dB(A) abgesenkt wird. Allerdings bedeutet die Erhöhung auf über 120 000 Flugbewegungen in den sechs verkehrsreichsten Monaten einen deutlichen Lärmzuwachs in der gesamten Region um den Flughafen.

Ziel muss aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein, die Lärmbelastungen zu verringern. Dies wird durch die vorliegende Genehmigung nicht erreicht.

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine grundsätzlich neue Leitlinie für die Genehmigungspraxis für die Flughäfen in NRW insgesamt. Das Land muss für einen tatsächlichen Ausgleich der Interessen zwischen den Belangen der Flughäfen und den Interessen der Anwohner und Anwohnerinnen sorgen. Nur so ist langfristige Planungssicherheit für die Flughäfen in NRW zu erreichen und sicherzustellen, dass die erteilten Genehmigungen vor Gericht Bestand haben. Das Oberverwaltungsgericht Münster

hat die Genehmigung vom Dezember 1997 als rechtswidrig verworfen, da sie die Interessen der vom Fluglärm betroffenen Anwohner und Anwohnerinnen nicht ausreichend berücksichtigt hat. Das OVG hat damals festgestellt, dass der Planfeststellungsbeschluss von der „schutzwürdigen Erwartung“ der AnwohnerInnen auf eine Lärminderung rechtfertigt. Inzwischen hat ein weiteres Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Flughafen Köln-Bonn die grundsätzliche Rechtsposition der Anwohner gestärkt. Es ist deshalb davon auszugehen, dass auch diese neue Genehmigung für den Flughafen Düsseldorf vor Gericht keinen Bestand haben wird.

Förderbedarf...

(Fortsetzung von Seite 9)

Projekt „Lesen-Schreiben-Rechnen“ erwies sich als effizient, da dadurch ein intensiverer Kontakt der Förderkräfte mit den Lehrern entstehen konnte. Der Rat der Stadt Köln habe beschlossen, an allen Schulen, die sich freiwillig beteiligen wollen, eine umfassende und standardisierte Erhebung durchzuführen, auf deren Grundlage die zukünftige Förderung der Kinder vorgenommen werden könne, hieß es. Nach Ansicht der Stadt Köln handelt es sich jedoch bei der freiwilligen flächendeckenden Erhebung in den Grundschulklassen um eine innere schulische Angelegenheit. Nach der von Witzel geäußerten Auffassung der FDP gehört eine freiwillige flächendeckende Erhebung an Grundschulen jedoch nicht zu den inneren schulischen Angelegenheiten. Den Schulen solle es freigestellt sein, diese Art der Erhebungen durchzuführen. Darüber hinaus müsste es den Städten in NRW auch im Rahmen des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 15. Juli 1996 ermöglicht werden, durch eine Erhebung den Förderbedarf in den Städten ermitteln zu können. In ihrer Antwort wies Schulministerin Gabriele Behler (SPD) darauf hin, dass eine flächendeckende Überprüfung im Hinblick auf einen möglichen Förderbedarf bei Schülerinnen und Schülern der Kölner Grundschulen durch Bedienstete oder Beauftragte des Schulträgers nach § 19 Abs. 5 SchVG ausgeschlossen sei. Sie betonte, die Ermittlung eines Förderungsbedarfs zähle nicht zur Erfüllung der dem Schulträger gesetzlich übertragenen Aufgaben. Die Förderbedarfe der Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen würden an den einzelnen Grundschulen ermittelt. Die Ministerin schloss, das Land NRW stelle Maßnahmen zum Ausgleich von Defiziten in den Bereichen „Integrationshilfen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund“, „Silentien“, „Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Erlernen des Lesens und Recht Schreibens“ sowie „Förderunterricht im Rahmen der Stundentafel für die Grundschule“ zur Verfügung (Drs. 13/173).

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grün-
er (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin: Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer:
Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamen-
tarische Geschäftsführerin: Johannes Remmel
MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsfüh-
rer: Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent:
Notker Becker (CDU), Pressesprecher: Michael
Block (FDP), Pressesprecher: Rudolf Schumacher
(GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Zwei Ziele hat sich die neue Vizepräsidentin des nordrhein-westfälischen Landtages, Edith Müller, für ihre künftige Tätigkeit gesetzt: Gemeinsamkeiten zwischen Regierungs- und Oppositionsfractionen künftig stärker hervorzuheben und das Düsseldorfer Landesparlament „ein wenig“ zu europäisieren.

Nach den bisherigen parlamentarischen Erfahrungen der Abgeordneten der Bündnisgrünen gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten aller Fraktionen, die es erforderten, „an einem Strang zu ziehen“ und über die Parteigrenzen zu agieren. Das habe sie in Brüssel gelernt, unterstreicht die Vizepräsidentin, die von 1994 bis 1999 dem Europäischen Parlament angehörte.

Diese frühere Tätigkeit ist für sie auch Ansporn, bei den Landtagsabgeordneten ein stärkeres Interesse für den europäischen Einigungsprozess zu wecken.

„Der Landtag sollte sich als europäischer Pulsgeber verstehen und das nicht allein der Regierung überlassen.“ Besonders wichtig hält sie eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern NRW's, aber auch die Ost-Erweiterung sollte der Landtag durch gegenseitige Parlamentarier-Besuche unterstützen. Von der geplanten Kompetenz-Neuordnung erwartet Frau Müller, dass nicht nur dem Bund Zuständigkeiten zurückgegeben werden, sondern auch die Länder zusätzliche Kompetenzen erhalten; beispielsweise in der Agrarpolitik.

Die gebürtige Kaldenkirchenerin, Jahrgang 1949, ein Glied der so genannten „Generation der 68er“, beteiligte sich als Jura-Aspirantin aktiv an den damaligen zahlreichen Studentendemonstrationen, focht für mehr Demokratie. Das Land Hessen bot ihr 1970 ein zweijähriges Stipendium in Spanien. Dort wollte die Jura-Studentin eine rechtsvergleichende Studie erarbeiten, doch damals herrschte in Madrid noch der Diktator Franco, war die freie Meinung tabu. Als Reaktion schloss sich Edith Müller den damals verbotenen spanischen Kommunisten an, landete im Gefängnis und wurde des Landes verwiesen.

In Deutschland setzte sie ihr Studium wieder fort, engagierte sich in den maoistischen K-Gruppen und später in der DKP, was ihr wieder Ungemach bereitete. Als der kämpferischen Bürgerrechtlerin immer deutlicher wurde, dass deren Ziele nicht den Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung entsprachen, trennte sie sich von der Partei und zählte 1979 zu den Gründungsmitgliedern der nordrhein-west-



Vizepräsidentin Edith Müller

fälischen GRÜNEN. „Wir wollten aus der außerparlamentarischen Opposition eine parlamentarische Kraft werden, wollten mitentscheiden.“

Danach übernahm sie verschiedene Aufgabengebiete bei den GRÜNEN, war auch im nationalen Sekretariat von Amnesty International (AI) tätig und legte zwischendurch das 2. Staatsexamen ab. Der damalige hessische Umwelt- und Bundesratsminister, Joschka Fischer, wurde 1991 auf seine engagierte Parteifreundin aufmerksam und holte sie in die Bonner Landesvertretung.

Parlamentarische wie auch internationale Erfahrungen gewann die Kölnerin als Abgeordnete des Europäischen Parlamentes in den Jahren 1994 bis 1999. Für ihren Wiedereinzug nach der letzten Europa-Wahl reichte nicht das Stimmenergebnis der GRÜNEN.

Dass Edith Müller über die Parteigrenzen hinaus Anerkennung gewonnen hat, beweist ihre anschließende Berufung zur Referatsleiterin „Europa und Internationales“ durch den inzwischen verstorbenen Kölner CDU-Oberbürgermeister Harry Blum unmittelbar nach der Kommunalwahl im Herbst letzten Jahres. Dieser neuen Herausforderung stellte sie sich bis zu ihrer Wahl in den Düsseldorfer Landtag im Mai.

Vielseitig wie ihr politischer Werdegang sind auch ihre Hobbys. Musik von Bach über Beethoven bis zu den Beatles, Tanz, Reiten – und auch in der Freizeit widmet sie sich dem Entstehen des Hauses Europa.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 9. bis 24. Oktober 2000

- 9.10. **Stephan Gatter** (SPD), 45 J.
- 10.10. **Ewald Groth** (GRÜNE), 47 J.
- 11.10. **Helga Gießelmann** (SPD), 51 J.
- 12.10. **Günter Langen** (CDU), 65 J.
- 13.10. **Manfred Degen** (SPD), 61 J.
- 13.10. **Hans Krings** (SPD), 58 J.
- 13.10. **Wolfgang Schmitz** (CDU), 52 J.
- 16.10. **Klaus Stallmann** (CDU), 55 J.
- 17.10. **Heinz-Peter Gasse** (SPD), 48 J.
- 23.10. **Bernhard Schemmer** (CDU), 50 J.
- 24.10. **Reinhold Sendker** (CDU), 48 J.

★

Bodo Champignon (SPD), Landtagsabgeordneter aus Dortmund, ist auf der Bezirkskonferenz der Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen mit 237 von 250 Stimmen oder 95 Prozent als Vorsitzender für vier weitere Jahre wiedergewählt worden. Ferner wurde die Herner SPD-Abgeordnete **Gabriele Gorcitzka** mit 201 Stimmen als Beisitzerin wiedergewählt. Der Iserlohner SPD-Abgeordnete **Michael Scheffler** schaffte mit 215 Stimmen zum ersten Mal die Wahl in den Vorstand des Spitzenverbandes der Wohlfahrtspflege.

★

Günter Langen (CDU), Landtagsabgeordneter, vollendet am 12. Oktober sein 65. Lebensjahr. Der selbstständige Kaufmann aus Medebach ist gebürtiger Düsseldorfer. Er wurde bei der letzten Landtagswahl im Hochsauerlandkreis I – Soest III gewählt. Nach der Fachhochschulreife 1952 ließ sich Günter Langen zum Kaufmann im Groß- und Außenhandel in Hamburg ausbilden. Mitglied der CDU ist er seit 1962, dem Landtag gehört der Politiker seit 1990 an. Er ist Kreisvorsitzender des CDU-Kreisverbandes Hochsauerlandkreis. 23 Jahre war er Bürgermeister seiner Heimatstadt Medebach. Im Landtag liegt der Schwerpunkt seiner Arbeit bei der Verkehrspolitik. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Privat hat Günter Langen ein Hobby, das er auch heute noch betreibt: Er spielt leidenschaftlich gerne Fußball. Da hat es sich angeboten, dass er in der Mannschaft des FC Landtag mitmacht, als Spieler am liebsten auf dem rechten Flügel.

★

Bernhard Schemmer (CDU), Landtagsabgeordneter, begeht am 23. Oktober seinen 50. Geburtstag. Der Politiker, der bei der letzten Landtagswahl im Wahlkreis 93 Coesfeld I – Borken III wiedergewählt wurde, stammt aus Reken, wo er auch heute zu Hause ist. Nach der mittleren Reife 1966 ließ sich Bernhard Schemmer über den zweiten Bildungsweg zum Vermessungstechniker ausbilden. Von 1969 bis 1972 studierte er Vermessungstechnik an der Fachhochschule Hamburg und von 1972 bis 1976 Geodäsie an der Technischen Hochschule Hannover. Er schloss 1972 mit dem Diplom-Ingenieur an der FH und 1976 mit dem Dipl.-Ing. an der TH ab. Von 1976 bis 1979 war er Referendar und Assessor, seitdem selbstständig als öffentlich bestellter Vermessungsingenieur. Der CDU gehört Bernhard Schemmer seit 1976 und dem Landtag seit 1995 an. Er ist seit 1979 Mitglied des Rates der Gemeinde Reken, dort Fraktionsvorsitzender, und saß bis 1995 im

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Kö“ war einst ein Festungsgraben

Nach einem Plan des Münchner Hofbaumeisters C. A. Huschberger ist sie in den Jahren von 1802 bis 1804 zu beiden Seiten des ehemaligen barocken Festungsgrabens, des geradlinig gezogenen Landgrabens, angelegt worden: die Königsallee in Düsseldorf, von Einheimischen und Zugereisten liebevoll „Kö“ genannt. In ihrem Verlauf zwischen dem so genannten „Botanischen Garten“ mit der reizenden Skulptur „Kugelspielerin“ aus dem Jahre 1932 im Süden, obwohl sie eigentlich bereits auf der anderen Seite der sie schneidenden Graf-Adolf-Straße beginnt, bis zum Schadowplatz im Norden hat sich die „Kö“ in 200 Jahren zu einer weltbekannten Einkaufs- und Promenadenstraße gewandelt. Aber nicht nur Schaufenster, mehr noch ausladender Baumbestand und großformatige Plastiken zieren den Kö-Graben, so die Tritonengruppe von F. Coubillier aus dem Jahre 1902 (Bild) und der Schalenbrunnen von L. Müsch aus dem Jahre 1882 auf dem Corneliusplatz. Die Modezeile „Kö“ hieß nicht immer nach dem König. Früher war sie die Kastanienallee, benannt nach den Baumreihen, die noch der legendäre Maximilian Weyhe 1804 angelegt hatte. Damals bildete die Allee die Stadtgrenze auf den niedergerissenen Befestigungsanlagen und galt keineswegs als herausgehobene Wohngegend. Im 19. Jahrhundert änderte sich das grundlegend. Aber erst 1902 öffnete das erste Ladenlokal seine Türen, die Schrobbsdorffsche Buchhandlung, die es heute dort noch gibt. Zu ihrem heutigen Namen kam die Königsallee im Revolutionsjahr 1848. Die Düsseldorfer hatten bei einem Besuch des preußischen Königs Friedrich Wilhelms IV. dem Monarchen nicht zugejubelt, sondern ihn mit Pferdeäpfeln beworfen. Die Stadtväter waren so konsterniert, dass sie zum Zeichen ihrer Treue zum Königshaus ihre Kastanienallee umbenannten. Die „Kö“ wurde zuletzt im Zuge des U-Bahnbaus renoviert, der Bürgersteig verbreitert. Mit jugendstilnahen Pollern, Lampen, Kiosken und Telefonhäuschen erhielt die Prachtstraße ein ihrer Bedeutung als Aushängeschild der Landeshauptstadt gemäßes Ambiente, das Freunde der Fotografie immer wieder reizt, darunter sehr viele Japaner, die in Düsseldorf ihre größte europäische Kolonie unterhalten. Foto: Schälte

Kreistag Borken. Im Landtag ist er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Städtebau

und Wohnungswesen sowie im Verkehrsausschuss.